



# Politik und Gesetzgebung

## Schutz, Gerechtigkeit, Verantwortung: Wie Politiken und Gesetze über Sicherheit und Rechte entscheiden



## Die Opferberatung Rheinland

Wir, die Opferberatung Rheinland (OBR), beraten und unterstützen Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer menschenfeindlicher Gewalt im Rheinland und Teilen des Ruhrgebiets (Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf) nach einem Angriff, ihr soziales Umfeld sowie Zeug\*innen.

Wir unterstützen Sie, wenn Sie oder Menschen in Ihrem Umfeld aus rechten, rassistischen, antisemitischen und anderen menschenfeindlichen Motiven bedroht oder angegriffen werden: Wir bieten Ihnen einen sicheren Raum, um über das Erlebte zu sprechen, und helfen dabei, die Folgen rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer menschenfeindlicher Gewalt zu bewältigen und neue Handlungsspielräume zu gewinnen.

Wir unterstützen bei juristischen Fragen (auch ohne strafrechtliche Anzeige bei der Polizei), begleiten Sie bei Bedarf zur Polizei oder zu anderen Behörden, organisieren ärztliche oder therapeutische Hilfe, rechtlichen Beistand oder Sprachmittler\*innen und setzen uns - wenn Sie es wünschen - für öffentliche Solidarisierung ein. Wir orientieren uns an Ihren Bedürfnissen. Sie entscheiden, welche Schritte Sie in der Beratung gehen wollen.

# hinsehen.

Das Online-Magazin der Opferberatung Rheinland erscheint halbjährlich im digitalen Format.

Sie können unser Online-Magazin jederzeit abonnieren. Schreiben Sie dazu bitte eine Mail an: [bildung@opferberatung-rheinland.de](mailto:bildung@opferberatung-rheinland.de)

Vergangene Ausgabe können Sie auf der Website der OBR kostenlos herunterladen und lesen: [Magazin 'hinsehen'](#)

## Was ist hinsehen?

'hinsehen' ist das Online-Magazin der Opferberatung Rheinland, das sich intensiv mit den Herausforderungen und Erfahrungen von Menschen auseinandersetzt, die Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt geworden sind. Unser Magazin dient als Plattform für Aufklärung, Information und Unterstützung, indem es auf die vielfältigen Probleme und Bedürfnisse der Betroffenen aufmerksam macht.

Mit 'hinsehen' möchten wir eine Brücke zwischen den Betroffenen, der Gesellschaft und den Institutionen schlagen. Wir bieten fundierte Artikel, Expert\*inneninterviews, Erfahrungsberichte und Berichte über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Opferhilfe. Unser Ziel ist es, das Bewusstsein für die Bedeutung von Solidarität und Unterstützung zu schärfen und konkrete Hilfsangebote sichtbar zu machen.

Das Magazin richtet sich an Betroffene, Angehörige, Fachleute und alle, die sich für eine gerechtere und sicherere Gesellschaft einsetzen möchten. 'hinsehen' steht für genau das: genauer hinsehen, die Realität erkennen und aktiv gegen Ungerechtigkeit und Gewalt vorgehen.

# Inhaltsverzeichnis

<u>Editorial</u>	06
<u>Rechte von Betroffenen rechter Gewalt stärken – Gesetzgebung und politischer Diskurs</u> <i>Frau Ministerin Josefine Paul</i>	08
<u>Antisemitismus benennen, Betroffene stärken – ein Interview mit der Antisemitismusbeauftragten NRW</u> <i>Interview mit Frau Staatsministerin a. D. Sylvia Löhrmann, von Sabrina Hosono</i>	12
<u>Gewerkschaft heißt Demokratie verteidigen</u> <i>Interview mit Andreas Jansen, Abteilungsleiter Jugend und Demokratie bei der DGB NRW, von Sabrina Hosono</i>	18
<u>Das Verständnis für Intersektionalität und das intersektionale Denken muss wachsen!</u> <i>Im Gespräch mit Arwa A. über Intersektionalität, Inklusion und Rechte von Menschen mit Behinderung, von Regina Gahbler</i>	35
<u>Türkischer Rechtsextremismus als rechte Gewalt: Politische Anerkennung und Konsequenzen</u> <i>Beitrag von Gulistan Özmen-Tuncel und Özge Erdoğan</i>	47
<u>Aktuelles aus der Beratungsstelle</u>	
<u>Rassistische Angriffe in Deutschland: Eine vom Staat gedeckte Form der Bekämpfung des ‚Anderen‘</u> <i>Beitrag von Orhan Çalışır</i>	56
<u>Bilanz 2025: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen – Entwicklungen, Herausforderungen und Handlungsbedarf aus Sicht der Beratungsstellen</u> <i>Beitrag des Beratungsentzwerks gegen Rechtsextremismus in NRW</i>	61
<u>Brandanschlag Solingen 2024 – Zwischen Feuer und fehlender Aufklärung</u> <i>Beitrag von Sabrina Hosono</i>	69
<u>Vorstellung der neuen Meldestellen von Diskriminierungen in NRW</u> <i>Beitrag des Verbunds der Meldestellen NRW</i>	73



# Inhaltsverzeichnis

---

<u>So wirkt die OBR in Politik und Gesetzgebung</u>	75
<hr/>	
<u>Spenden und unterstützen Sie Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt</u>	
OBR-Opferhilfefonds	77
VBRG-Opferhilfefonds	78
<hr/>	
<u>Vor Ort – Die Podcastserie von NSU Watch und VBRG</u>	80
<i>Folge 57: Nach dem Urteil im Prozess zum Brandanschlag in Solingen 2024</i>	
<hr/>	
<u>Impressum</u>	81

Liebe Leser\*innen,

Politik entscheidet über Sicherheit. Und darüber, ob Betroffene gesehen werden.

Gesetze, politische Debatten und behördliche Entscheidungen wirken oft abstrakt – bis sie für Menschen, die von rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt betroffen sind, zur Frage von Sicherheit, Anerkennung und Gerechtigkeit werden. Als Fachberatungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt begleiten wir in Nordrhein-Westfalen Menschen, deren Alltag durch Angriffe, Bedrohungen oder Ausgrenzung erschüttert wurde. Wir erleben täglich, was politische Entscheidungen im Konkreten bedeuten: ob Betroffene Zugang zu Unterstützung finden, ob Ermittlungen rassistisch kritisch geführt werden, ob Entschädigungen möglich sind – oder ob Menschen vor verschlossenen Türen stehen. Für viele Betroffene entscheidet sich auch und nicht zuletzt im Kontakt mit Polizei, Justiz, Behörden und Entschädigungssystemen, ob ihr Leid anerkannt, ihr Schutz ernst genommen und ihre Perspektive gehört wird. Und allzu oft erleben sie das Gegenteil: Lücken, Versäumnisse, Zuschreibungen, die an ihnen statt am Täter\*innen ansetzen – und politische Debatten, die nicht von ihnen aus gedacht sind. Gerade in NRW – einem vielfältigen, urbanen Bundesland mit hoher Betroffenheit – sind diese Lücken keine theoretischen Debatten. Sie prägen das Leben der Betroffenen unmittelbar.

Die Fälle, die uns erreichen, verdeutlichen: Auch die landespolitische Ebene trägt eine zentrale Verantwortung dafür, ob Perspektiven von Betroffenen ernst genommen werden oder in der täglichen Verwaltungspraxis untergehen. Die skandalösen Versäumnisse im Kontext des Brandanschlags in Solingen 2024 sind dafür ein besonders erschütterndes Beispiel: Hinweise auf ein rassistisches Motiv wurden ignoriert, Ermittlungsverfahren verschleppt, Beweise entwertet. Solche Erfahrungen hinterlassen nicht nur Wunden – sie beschädigen das Vertrauen in staatliche Institutionen nachhaltig.

Die Beiträge dieser Ausgabe zeigen, wie eng politische Rahmenbedingungen mit dem Alltag von Betroffenen verbunden sind. Sie machen sichtbar, wie viel Verantwortung auf der Ebene von Gesetzgebung und Verwaltung liegt – und wie wenig selbstverständlich es ist, dass Betroffene zu ihrem Recht kommen. Sie zeigen aber auch, wie stark politisches Engagement sein kann, wenn es konsequent betroffenenorientiert arbeitet: von der Schaffung belastbarer Datenlagen bis hin zur kritischen Begleitung neuer Gesetze, zur Arbeit der Meldestellen, zur Stärkung politischer Bildung, zur Lobbyarbeit der Beratungsstellen und Verbände.

Gleichzeitig macht dieses Jahr deutlich, wie gefährdet diese Arbeit ist. Beratungsstellen stehen bundesweit unter Druck. Die teils bereits seit Jahren bis Jahrzehnten aufgebauten Strukturen sind noch stets fragil. Die Diskussionen um Haushalte und Förderlogiken, der Druck durch rechte Parteien und ein bundesweit zunehmend angespanntes politisches Klima bedrohen den langfristigen Bestand unabhängiger Beratungsstellen. Unsere Arbeit – und damit der Schutz Betroffener – darf aber nicht jedes Jahr neu zur Disposition stehen.

Gerade deshalb braucht es eine klare politische Haltung: Betroffene haben Anspruch auf Schutz, Zugang zu Rechten und eine Justiz, die rassistische Tatmotive nicht kleinredet, sondern ernst nimmt. Sie brauchen Beratungsstellen, die strukturell abgesichert sind und unabhängig arbeiten können. Sie brauchen Gesetzgebung, die nicht nur gut gemeint ist, sondern in der Praxis greift – niedrigschwellig, erreichbar und gerecht.

Als Opferberatung Rheinland bringen wir unsere Erfahrungen gezielt in Fachanhörungen, Hintergrundgespräche, Stellungnahmen und politische Prozesse im Land ein. Wir stellen Daten bereit, machen strukturelle Probleme sichtbar, benennen handfeste Handlungsempfehlungen. Denn Betroffene brauchen ein NRW, in dem Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt systematisch adressiert werden – nicht erst, wenn etwas passiert ist, sondern präventiv, konsequent und mit klaren Verantwortlichkeiten.

Dieses Magazin ist ein Plädoyer dafür, politische Verantwortung nicht abstrakt zu diskutieren, sondern aus der Perspektive derjenigen, die Gewalt erfahren haben. Es ist ein Appell, genauer hinzusehen – und dort, wo politisches Handeln notwendig ist, klar Stellung zu beziehen.

Denn am Ende ist es auch eine politische Entscheidung, ob Betroffene Schutz erfahren.

*Und es ist eine gesellschaftliche Entscheidung, ob wir [hinsehen](#).*

*Ihr Team der OBR*

# Rechte von Betroffenen rechter Gewalt stärken – Gesetzgebung und politischer Diskurs

Frau Ministerin Josefine Paul,  
Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes NRW

## **Rassistische Gewalt geht uns alle an**

Betroffene erleben rechte und rassistische Gewalt in den unterschiedlichsten Ausprägungen. Seien es diskriminierende Beleidigungen auf der Straße, Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt, Mikroaggressionen im Alltag oder tätliche Angriffe. Diese Angriffe zielen konkret auf die Würde und das Sicherheits- und Zugehörigkeitsempfinden der Einzelnen ab. Gleichzeitig ist es aber eben kein individuelles Problem der Betroffenen, sondern Rassismus, Diskriminierung und gesellschaftliche Ausgrenzung sind strukturelle Probleme. Sie gehen uns als Gesellschaft als Ganzes an und sind leider auch in der Mitte unserer Gesellschaft verankert. Gleichzeitig bedroht jede Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit unsere offene Gesellschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

## **Chancenministerium in NRW**

Wer Vielfalt als Chance begreift, muss gleichzeitig aktiv und konsequent gegen jede Form der Diskriminierung vorgehen. Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Vielfalt und wir wollen das positive und offene Zusammenleben der Menschen hier aktiv gestalten. Deshalb fördert das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht

und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKJFGFI), gezielt Strukturen, die Diskriminierung sichtbar machen, Betroffene unterstützen und gelebte Vielfalt stärken.

## **Lagebild für Nordrhein-Westfalen**

Es ist dabei notwendig, Diskriminierung sichtbar und vor allem auswertbar zu machen. Denn in ganz Deutschland, auch hier in Nordrhein-Westfalen, nimmt seit einigen Jahren rassistische, antisemitische und queerfeindliche Diskriminierung zu. Das zeigen die Zahlen der landesgeförderten Servicestellen für Antidiskriminierung. Seit 2021 gibt es mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS NRW) eine landesweite Meldestelle für antisemitische Vorfälle. Für das Jahr 2024 erfasste RIAS NRW 940 antisemitischen Vorfälle. Damit wurden über 40 Prozent mehr Fälle erfasst als noch im Jahr 2023.

Im Jahr 2022 wurde eine weitere Meldestelle für Diskriminierung im Fußball in NRW (MeDiF) aufgebaut. Im Jahr 2024 verzeichnete MeDiF einen Anstieg der gemeldeten Vorfälle, die die unterschiedlichen Diskriminierungsformen betreffen.

Nach sexistischen Diskriminierungen wurden am häufigsten rassistische,

antisemitische oder queerfeindliche Diskriminierungen gemeldet.

### **Gesellschaft wahrnehmen**

Viele der dokumentierten Fälle machen deutlich, dass rassistische, antisemitische und queerfeindliche Diskriminierung häufig aus einem gesellschaftlichen Klima heraus entsteht, in dem rechte Einstellungen zunehmend sichtbar und sagbar werden.

Die Grenzen des Sagbaren sind in den letzten Jahren deutlich verschoben worden. Die Meinungsfreiheit des einen endet aber dort, wo andere abgewertet, beleidigt oder diskriminiert werden. Gleichzeitig bedeutet Meinungsfreiheit auch nicht, dass etwas unwidersprochen bleiben muss, wenn es die Würde eines anderen oder einer Gruppe angreift.

Wir sind als Gesellschaft gefordert, angesichts einer Demokratie, die zunehmend unter Druck steht. Krisen und Kriege haben in unserer Gesellschaft für Verunsicherung gesorgt. Diese Verunsicherung versuchen sich insbesondere rechte Kräfte zunutze zu machen, um unsere Gesellschaft zu spalten. Doch gerade eine engagierte und vielfältige Zivilgesellschaft ist das Fundament unserer offenen Gesellschaft. Unsere Demokratie ist wehrhaft und die Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung die starke Grundlage unseres Zusammenlebens.

### **Meldestellen für queerfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle**

Wir wollen und müssen auf der Basis von Fakten und konkreten Zahlen gegen Diskriminierung vorgehen. Daher wollen wir verlässliche Erkenntnisse und Zahlen zu antisemitischen, aber auch anderen diskriminierenden Erlebnissen erhalten. Anfang des Jahres haben vier weitere Meldestellen ihre Arbeit aufgenommen: Die Dokumentations- und Informationsstelle für Antiziganismus/ Antiromanismus (DINA NRW), die Melde- und Dokumentationsstelle für antimuslimischen Rassismus (MEDAR NRW), die Melde- und Informationsstelle für Queerfeindlichkeit (MIQ NRW) und die Melde- und Informationsstelle für anti-Schwarzen, antiasiatischen und weitere Formen von Rassismus (MIRa NRW). Diese Stellen sollen Vorfälle dokumentieren und analysieren, unabhängig davon, ob sie juristisch verfolgt werden.

So können wir Betroffenen eine Stimme geben und das Erlebte sichtbar machen. So sollen anonymisierte Daten gewonnen werden, um ein besseres Lagebild zu Diskriminierung in NRW zu erhalten.

### **Integrationsagenturen als lokale Anker**

In Nordrhein-Westfalen gibt es rund 170 Integrationsagenturen, die bei Konflikten vermitteln und Brücken bauen zwischen

Zivilgesellschaft, Verwaltung und Organisationen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

So leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Demokratieförderung, indem sie gesellschaftliche Teilhabe stärken. Mit ihrer Arbeit setzen sich die Integrationsagenturen gegen Diskriminierung im Alltag - insbesondere in Schulen, im Gesundheitswesen, auf dem Wohnungsmarkt oder der Arbeitswelt - ein. Und das ist wichtig.

### **Landesweite Antidiskriminierungsarbeit: Hilfe für Betroffene**

Daneben fördern wir in Nordrhein-Westfalen in dem Programm der Integrationsagenturen auch Beratungsstrukturen für Betroffene von Diskriminierung. Aktuell beraten und unterstützen diese rund 40 Service- und Beratungsstellen für Antidiskriminierungsarbeit Menschen, die rassistische, antisemitische, ethnische und religiöse Diskriminierung erlebt haben. Mit diesen Strukturen stärken wir unsere Demokratie.

### **Haltung zeigen**

Die Verantwortung gegen rechte, antisemitische und rassistische Gewalt darf nicht bei den Betroffenen liegen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt lebt von Solidarität.

Es braucht neben einer wirkungsvollen Politik auch eine aktive Zivilgesellschaft. Nordrhein-Westfalen stellt sich dieser Aufgabe, denn Vielfalt ist unsere Stärke. Und: Diskriminierung hat in unserer Gesellschaft keinen Platz.

Wenn Sie von antisemitischer, rassistischer oder queerfeindlicher Diskriminierung betroffen sind oder diese wahrnehmen, melden Sie sich bzw. ihr Erlebtes hier:

### **DINA NRW**

[www.dina.nrw](http://www.dina.nrw)

### **MEDAR NRW**

[www.medar.nrw](http://www.medar.nrw)

### **MeDiF NRW:**

[www.medif-nrw.de](http://www.medif-nrw.de)

### **MIRa NRW**

[www.mira.nrw](http://www.mira.nrw)

### **MIQ NRW**

[www.miq.nrw](http://www.miq.nrw)

### **RIAS NRW:**

[www.report-antisemitism.de](http://www.report-antisemitism.de)

### **Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit:**

[www.ada.nrw](http://www.ada.nrw)







MKJFGFI NRW / S. Schürmann

Josefine Paul ist seit dem 29. Juni 2022 Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

Seit 2010 ist sie Abgeordnete des Landtags von Nordrhein-Westfalen und war dort als Fachpolitikerin für Frauen- und Queerpolitik, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sowie Sportpolitik zuständig.

Sie war von 2020 bis 2022 Co-Vorsitzende der grünen Landtagsfraktion und darüber hinaus seit vielen Jahren auf verschiedenen Ebenen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aktiv. Über die Parteipolitik hinaus, war sie u. A. Mitglied im Vorstand des Frauenrates NRW und Vorstandsmitglied im Deutschen Frauenrat.

# Antisemitismus benennen, Betroffene stärken –

## ein Interview mit der Antisemitismusbeauftragten NRW

Frau Staatsministerin a.D. Sylvia Löhrmann,  
das Interview führte Sabrina Hosono

*Frau Löhrmann, als Beauftragte des Landes NRW für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur stehen Sie für den Schutz jüdischen Lebens und für die Interessen Betroffener antisemitischer Gewalt. Was ist Ihre konkrete Aufgabe?*

Der Schutz jüdischen Lebens ist zuallererst Aufgabe der Sicherheitsbehörden. Dass jüdische Einrichtungen von Polizeikräften geschützt werden, ist angesichts der Lage richtig, muss für Politik und Zivilgesellschaft aber auch gleichzeitig ein Alarmsignal sein. Jüdisches Leben muss ein selbstverständlicher und sichtbarer Teil unserer Gesellschaft sein und bleiben.

Als Beauftragte stehe ich mit meinem Team Betroffenen von antisemitischen Vorfällen als Ansprechperson zur Verfügung. In enger Absprache mit den Betroffenen besprechen wir jeweils das weitere Vorgehen. Ist ein Vorfall strafrechtlich relevant, wird eine Meldung an die Polizei empfohlen, denn die Polizei ist für die Strafverfolgung und restriktive Maßnahmen zuständig. Viele Betroffene haben jedoch Angst, die Vorfälle zu melden, hier versuche ich, ermutigend zu wirken.

Ist ein Vorfall unterhalb der Strafbar-

keitsgrenze, sollte der Vorfall unbedingt bei der Recherche- und Informationsstelle RIAS NRW gemeldet werden. RIAS NRW dokumentiert und analysiert die Vorfälle nicht nur, sondern kann auch mit einer Verweisberatung weiterhelfen, beispielsweise auch an die Opferberatungsstellen.

Gleichzeitig stehe ich auch mit den entsprechenden Ministerien in regelmäßigem Austausch, um an strukturellen Maßnahmen zu arbeiten, wie Betroffene besser unterstützt werden können. Darüber hinaus besteht eine meiner Hauptaufgabe darin, präventive Maßnahmen zu unterstützen und zu initiieren.

*Wie nehmen Sie derzeit das Ausmaß und die Formen rechter und antisemitischer Gewalt in NRW wahr?*

Die Zahlen sind eindeutig – leider, und sie sind besorgniserregend. Die Straftaten der politisch motivierten Kriminalität im Bereich Rechts extremismus sowie auch die antisemitischen Straftaten sind in den letzten Jahren stark gestiegen. In 2024 waren es 5.641 Straftaten aus dem rechten Milieu, ein Anstieg um 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2023

wurden 3.549 Straftaten dokumentiert). Die Anzahl der Gewaltdelikte durch rechtsmotivierte Tatverdächtige stieg mit 154 Straftaten gegenüber dem Vorjahr (2023: 116) ebenfalls um 33 Prozent an. Auch bei den Statistiken der Opferberatungsstellen rechter Gewalttaten sind die Entwicklungen ja leider ähnlich. Für das Jahr 2024 wurde mit 526 Angriffen ein erschreckender Höchststand in Nordrhein-Westfalen dokumentiert - ein Anstieg um rund 48 Prozent zum Vorjahr.

Auch bei den antisemitischen Straftaten sehen wir den gleichen negativen Trend. Nach der polizeilichen Statistik gab es im Jahr 2024 allein in Nordrhein-Westfalen 695 antisemitische Straftaten. Das wiederum bedeutet, dass es im vergangenen Jahr pro Tag durchschnittlich knapp zwei (1,90) antisemitische Straftaten allein in Nordrhein-Westfalen gegeben hat. Ein Anstieg um 27 Prozent im Vergleich zum Jahr 2023. Hinzu kommen antisemitische Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. Denn, Antisemitismus ist nicht automatisch strafbar. Für das vergangene Jahr hat RIAS NRW 940 antisemitische Vorfälle allein in Nordrhein-Westfalen dokumentiert. Ein Anstieg um 42 Prozent im Vergleich zu 2023.

Das sind die erschreckenden Statistiken, und wir müssen uns immer vergegenwärtigen, dass hinter jeder Zahl betroffene Menschen stehen.

*Welche Rolle spielt der öffentliche Diskurs zum Umgang mit Antisemitismus? Nehmen Sie Veränderungen in der Gesellschaft wahr, welche die genannten Entwicklungen der Vorfälle begünstigen?*

Der öffentliche und politische Diskurs spielt eine zentrale Rolle, denn er prägt die Wahrnehmung, Sensibilisierung und Handlungsbereitschaft der Gesellschaft maßgeblich. Die Art und Intensität, wie Antisemitismus auch politisch adressiert wird, beeinflusst auch die Bereitschaft der Zivilgesellschaft, bei Vorfällen einzuschreiten. Durch die Adressierung des Problems wird den Menschen die Dimension des Phänomens Antisemitismus bewusst, und auch die verschiedenen Erscheinungsformen werden sichtbarer und greifbarer. Für Jüdinnen und Juden stellt Antisemitismus ein alltagsprägendes Problem dar - auch wenn die Mehrheitsgesellschaft dies vermutlich nicht in der Form wahrnimmt. Daher ist es wichtig, die Probleme offen anzusprechen und nicht zu verschweigen. So wird Betroffenen gleichzeitig auch signalisiert, dass sie gesehen werden, nicht alleine sind und die Verantwortlichen der Mehrheitsgesellschaft die Probleme erkannt haben und angehen.

Darüber hinaus nehme ich in den letzten Jahren eine gravierende Veränderung in unserer Gesellschaft wahr. Die Grenzen

des Sagbaren werden zunehmend verschoben. Und je „salonfähiger“ rechte und antisemitische Narrative werden, desto geringer werden die Hemmnisse für rechte und antisemitische Taten. Ein Faktor sind dabei sicherlich die sozialen Medien, in denen sich gerade nach dem 7. Oktober 2023 antisemitische Beiträge verbreitet haben. Die Bildungsstätte Anne Frank hat dies in einer Studie treffend als „TikTok Intifada“ beschrieben. Hier bedarf es neuer Maßnahmen, und wir müssen klar machen, dass auch der digitale Raum kein rechtsfreier und strafloser Raum ist. Wir dürfen weder den digitalen noch den öffentlichen Raum Hass und Hetze überlassen.

*Für Betroffene ist es wichtig Anlaufstellen zu haben, um die Vorfälle zu melden und auch Beratungsangebote vorzufinden. Wie schätzen Sie die Strukturen in Nordrhein-Westfalen ein? Wo sehen Sie noch Verbesserungsbedarf?*

Melde- und Beratungsstellen sind für Betroffene eine wichtige Anlaufstelle, außerdem sind sie unerlässlich zur Dokumentation und Aufklärung antisemitischer Gewalt und Vorfälle. Je genauer wir ein Bild der antisemitischen Vorfälle und den Erscheinungsformen des Antisemitismus erhalten, desto zielgerichteter können Präventionsmaßnahmen gestaltet werden.

Die Beratungsstellen leisten eine hervorragende und wichtige Arbeit. Natürlich gibt es immer Luft nach oben, aber ich habe schon den Eindruck, dass in Nordrhein-Westfalen die Strukturen gut ausgebaut und die Beratungsstrukturen gut etabliert sind. Die meisten Beratungsstellen sind dabei auch auf vielfältige Weise, ob analog oder digital, erreichbar. Wichtig ist, dass Meldungen in mehrere Sprachen vorgebracht werden können – dies ist bei vielen Stellen erfreulicherweise gegeben. Wichtig ist aus meiner Sicht auch eine Transparenz der Einrichtungen, wie mit Meldungen – gerade auch datenschutzrechtlich – umgegangen wird.

Mit dem Aufbau der Meldestellen für Betroffene von Queerfeindlichkeit, antimuslimischem Rassismus, Antiziganismus sowie anti-Schwarzem, antiasiatischem und weiteren Formen von Rassismus wird in Nordrhein-Westfalen ein bundesweit einzigartiges Netzwerk aufgebaut, um Betroffene besser zu unterstützen und Vorfälle zu dokumentieren – gerade auch für Personen von mehrfacher Marginalisierung.

Dabei müssen zwischen den einzelnen Stellen die Zuständigkeiten klar bleiben. Wenn die Zuständigkeiten für die Opferhilfe nicht klar geregelt sind, kann es zu Verzögerungen oder Engpässen bei der Unterstützung kommen.

Gesellschaftliche Veränderungen können dazu führen, dass bestimmte Opfergruppen plötzlich stärker betroffen sind oder dass sich die Bedürfnisse von Opfern ändern. Dies erfordert eine schnellere Anpassung der Maßnahmen und Beratungsangebote. Diese Flexibilisierung fehlt manchmal im behördlichen Kontext.

Wichtig ist, eine Kontinuität in den Strukturen zu haben, und dafür bedarf es eines verlässlichen finanziellen Fundaments. Auch in Zeiten schwieriger Haushaltslagen muss eine verlässliche Finanzierung der bestehenden Beratungsstrukturen sichergestellt sein. Nur durch konstante und verlässliche Strukturen lässt sich das benötigte Vertrauen nachhaltig aufbauen. Auch die Vernetzung der verschiedenen Stellen untereinander sowie auch mit betroffenen Gruppen ist wichtig.

*Wo gibt es aus Ihrer Sicht noch Stellschrauben, um Betroffene noch besser zu unterstützen?*

Auch hier gilt der Hinweis mit „der Luft nach oben“, es gibt aber auch positive Veränderungen in den letzten Jahren. Beispielsweise sind auf Landes- und Bundesebene Opferbeauftragte eingesetzt worden, die Betroffenen helfen, sich in dem, manchmal doch sehr unübersichtlichen, Behördendschungel zurecht zu finden. Gleichzeitig zeigt dies auch, dass (behördliche) Vorgänge hier vereinfacht werden müssen.

Die vorhandenen Strukturen sind vielfach zu wenig bekannt. Ich sehe es als eine meiner Aufgaben an, hier immer über die Strukturen und Möglichkeiten zu informieren. Ein Hinweis zum Anzeigenverhalten der Betroffenen: Erhebungen zufolge werden gerade einmal 20 Prozent aller Vorfälle von Betroffenen angezeigt. Die Gründe dafür sind vielfältig. Besorgniserregend ist jedoch, dass viele Jüdinnen und Juden in NRW bei einer Befragung 2021 angaben, dass sie oft zu wenig Vertrauen in die Arbeit der Justizbehörden haben. Hier müssen wir unbedingt an einer Verbesserung der Vertrauensbasis arbeiten. Ich möchte alle Betroffene ermutigen, Taten auch zur Anzeige zu bringen.

*Liebe Frau Löhrmann, auch wenn die Lage wie von Ihnen dargestellt schwierig ist, was gibt Ihnen Zuversicht? Was wünschen Sie sich für die Zukunft?*

Zuversicht geben mir der breite politische Konsens und die klare Haltung in der Thematik. Ich denke, bei allen demokratischen Parteien ist die Sensibilisierung für die Belange der Betroffenen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hoch, und auch die Notwendigkeit der dauerhaften Etablierung der Beratungsstrukturen wird nicht in Frage gestellt. Denn die Einrichtungen arbeiten tagtäglich gegen menschenfeindliche Dynamiken und damit ausdrücklich auch für unsere

Demokratie. Daher ist es so wichtig, dass die demokratischen Kräfte hier weiterhin an einem Strang ziehen und an der Notwendigkeit für ein flächendeckendes starkes Netzwerk qualitativer Beratungsstellen mit Empathie für die Betroffenen und Akzeptanz in Behörden und Mehrheitsgesellschaft festhalten. Es ist wichtig, dass die breite Zivilgesellschaft aktiv Verantwortung für Prävention, Aufklärung, Solidarität mit Betroffenen und die Verteidigung demokratischer Werte übernimmt. Antisemitismus ist nicht nur ein Problem von Jüdinnen und Juden, sondern als Bedrohung für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Ich wünsche mir einen beständigen zivilgesellschaftlichen Diskurs und Aufbruch, die Dimension und die Ausprägungen von Antisemitismus zu erkennen, sich einig zu werden im Kampf dagegen und sich gewahr zu werden, dass es dabei letztlich um die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie geht. Entlang der gesamten Bildungskette in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen müssen wir Eintreten für ein Klima des Miteinanders, des Respekts gegenüber jedem Menschen als besten und grundlegendsten Beitrag zur Prävention. Wir müssen die Sorgen, Ängste und Erfahrungen von Jüdinnen und Juden verstehen und entsprechend handeln. Wir müssen den Betroffenen beistehen und antisemitischen Äußerungen

widersprechen - im Alltag und im digitalen Raum. Staatliche Stellen können Rahmenbedingungen setzen, es braucht aber eine engagierte Zivilgesellschaft, um Antisemitismus zu bekämpfen. Durch Engagement in politischer Bildung und durch aktive Präventionsarbeit - etwa durch Workshops, Projekte in Schulen oder Kampagnen gegen Hass und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit - können rechtsextreme und andere antisemitische Tendenzen frühzeitig eingedämmt werden. ◀





Frau Staatsministerin a.D. Sylvia Löhrmann war von 1995 bis 2017 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen. Als stellvertretende Vorsitzende engagierte sie sich in der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe im Landtag. Von 2010 bis 2017 war sie stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für Schule und Weiterbildung. Als Generalsekretärin des Vereins „321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ war sie maßgeblich am Erfolg des Festjahres beteiligt und hat dazu beigetragen, jüdisches Leben in Vergangenheit und Gegenwart sichtbar zu machen. Neben ihren politischen Ämtern hat sich Frau Staatsministerin a.D. Sylvia Löhrmann stets für eine lebendige Erinnerungskultur, für die Verständigung zwischen den Religionen sowie die deutsch-israelische Freundschaft engagiert, unter anderem im Kuratorium des deutschen Freundeskreises von Yad Vashem. Zum 1. November 2024 wurde sie vom Landeskabinett zur Beauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur bestellt.

Sabrina Hosono ist Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Opferberatung Rheinland.

# Gewerkschaft heißt Demokratie verteidigen

– Ein Interview mit Andreas Jansen, Abteilungsleiter Jugend und Demokratie beim DGB NRW

Andreas Jansen, DGB NRW

Das Interview führte Sabrina Hosono

*Herr Jansen, der DGB engagiert sich seit Jahren für eine demokratische Arbeitswelt und eine solidarische Gesellschaft. Wie würden Sie Ihre Arbeit im Bereich Jugend und Demokratie aktuell verorten – gerade angesichts der politischen Entwicklungen in Deutschland?*

Zunächst einmal zur Struktur: Der DGB besteht aus acht Mitgliedsgewerkschaften, die vor allem die betriebliche Betreuung übernehmen – dazu gehören die Betreuung von Funktionär\*innen, Tarifpolitik, Organisation von Bildungsarbeit und Ähnliches. Der DGB als Dachverband bündelt die Interessen dieser acht Gewerkschaften, um sie in den politischen Raum zu tragen.

Für uns als DGB-Jugend, genauso wie für den DGB insgesamt, bedeutet das vor allem Lobbyarbeit – etwa in Bezug auf Finanzierung, personelle Ausstattung und politische Einflussnahme. Gleichzeitig ist es unsere Aufgabe, die politischen Positionen, die wir nach außen vertreten, so aufzubereiten, dass sie für die Arbeit unserer Mitgliedsgewerkschaften praktisch nutzbar sind. Manche Themen lassen sich leichter übersetzen, andere schwieriger.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist der Kampf gegen Rechtspopulismus und die extrem rechte Szene. Hier geht es vor allem darum, Haltung zu zeigen. Wir

haben das unter dem Titel „Haltung zeigen“ zusammengefasst, weil es nicht mehr nur darum geht, eine fundierte Meinung zu haben, sondern unsere Mitglieder zu befähigen, in kritischen Situationen – zum Beispiel im Betrieb – aktiv Position zu beziehen und Nein zu sagen.

In meiner Abteilung Jugend und Demokratie beschäftigen wir uns damit, politische Forderungen so zu übersetzen, dass sie für unsere Mitglieder nutzbar sind – und damit sind wir relativ erfolgreich. Untersuchungen zeigen, dass wir in den Betrieben ein sehr hohes Vertrauen genießen – deutlich höher als Politik oder Verwaltung. Dieses Vertrauen wird zwar immer wieder angegriffen, etwa durch Rechtspopulist\*innen, die uns vorwerfen, zu politisch zu sein. Aber wir nutzen es, um Beschäftigte abzuholen. Sie würden vielleicht nie eine progressive Partei wählen, aber sie vertrauen uns genug, um beispielsweise an Bildungsveranstaltungen teilzunehmen. Unser Ziel ist es, gerade diejenigen zu erreichen, die sich auf einer Art Zwischenebene bewegen.

*Sie haben angesprochen, dass Ihre Aufgabe auch darin besteht, Position zu beziehen und gegen rechtspopulistische*

*Narrative zu arbeiten - und dass Ihnen das bisher recht gut gelingt. Wie erleben Sie insgesamt die Zunahme rechter und rassistischer Positionen? Zeigt sich das eher in der gesellschaftlichen Debatte oder auch konkret in Betrieben, etwa durch Vorfälle oder offene Auseinandersetzungen? Hat sich dadurch Ihr Arbeitsalltag verändert?*

Ja, das merken wir. Es gibt Unterschiede, je nach Branche und Betriebsart. Ein Beispiel aus der Chemie-Industrie: Bei Evonik, einem großen Arbeitgeber, haben unsere betrieblichen Mitbestimmungsstrukturen - von Jugendvertretungen über Betriebsräte bis zu Vertrauensleuten - so lange Druck gemacht, dass der CEO vor der Europawahl öffentlich dazu aufrief, die AfD nicht zu wählen.

In vielen Betrieben gibt es zahlreiche Aktionsräume und Begegnungspunkte, die innerbetrieblich organisiert werden. Natürlich ist nicht alles abgeschottet von der Außenwelt, aber innerhalb der Betriebe können wir Einfluss nehmen. In der Stahlindustrie zum Beispiel arbeiten die Vertrauensleute von IG Metall sehr intensiv an diesen Themen. Die Belegschaften sind dort ohnehin schon sehr divers - viele Kolleg\*innen sind durch frühere Gastarbeiterprogramme mit eingebunden - was die Arbeit erleichtert.

Gleichzeitig beobachten wir eine steigende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft gegenüber Beschäftigten, die soziale oder regulierende Funktionen

haben - etwa Pflegekräfte, Ärzt\*innen, Straßenbahn- oder Bahnkontrolleur\*innen u.v.m. Die Hemmschwelle, Gewalt anzuwenden, ist gesunken, und in diesem Zusammenhang nehmen auch Beleidigungen oder rassistische Narrative zu.

Die AfD versucht sich parallel als „Arbeiterpartei“ zu positionieren, was problematisch ist, da sie die Interessen der Beschäftigten in NRW schädigt. Sie streut gezielt politische Botschaften in Betriebe und provoziert so Debatten über Betriebsräte, Personalräte, Tarifverträge und Gewerkschaften. Wir begegnen dem, indem wir Veranstaltungen und Vorträge anbieten, die aufzeigen, dass ein „politikfreier Betrieb“ das Ende freier Gewerkschaften bedeuten würde. Dabei benennen wir die AfD nicht direkt, aber die Botschaft ist allen klar.

*Wie ist das denn bei Ihnen als Dachverband? Welche Rolle spielen Sie, wenn Sie solche Entwicklungen bemerken? Haben Sie konkrete Ansprechpersonen oder Strukturen, Schutzmechanismen, Unterstützungsangebote, oder läuft das eher über die Mitgliedsgewerkschaften selbst?*

Wir unterstützen in erster Linie, die Mitgliedsgewerkschaften handeln vor Ort. Das hängt auch von der konkreten Problemlage ab. Ein Beispiel: Ein Dienstleister betreibt drei Chemieparcs in Leverkusen, Krefeld-Uerdingen und

Dormagen. Sie haben unsere Workshops digital für alle Beschäftigten geöffnet. Letztlich wurde dies dann über den Betriebsrat umgesetzt, aber organisiert wurde es von der IGBCE und ihren Vertrauensleuten vor Ort.

Die Vertrauensleute und Betriebsräte sind bei uns meist organisiert; über sie haben wir Zugang zu den Beschäftigten und bieten Inhalte, Schulungen oder Workshops an. In dem genannten Beispiel habe ich mich digital zugeschaltet und den Workshop begleitet. Unser Ziel ist vor allem, die Beschäftigten handlungsfähig zu machen - präventiv vorzubeugen und sie darauf vorzubereiten, Haltung zu zeigen, wenn es darauf ankommt. Im Workshop haben wir beispielsweise beschrieben, wie die AfD arbeitet, und dann konkrete Übungen gemacht: Wer erkennt sich in bestimmten Vorurteilen wieder, wer hat Erfahrungen mit bestimmten Narrativen? So bringen wir abstrakte politische Strategien in die konkrete betriebliche Realität und machen sie greifbar.

Wir erklären auch, dass viele der Vorurteile - zum Beispiel dass Betriebsräte „nur Kaffee trinken und nichts leisten“ - schlicht falsch sind. So können die Teilnehmenden reflektieren, wie Vorurteile Vertrauen untergraben und wie wichtig es ist, das Kollektiv und die Potenziale der Menschen zu sehen, statt nur einzelne Egoismen. Genau das ist der Kern unseres „Haltung zeigen“-Ansatzes.

Wenn es tatsächlich zu Übergriffen oder rassistischen Äußerungen in Betrieben kommt, greifen die Betriebsräte ein, und es gibt arbeitsrechtliche Konsequenzen. Unsere Gewerkschaften handeln hier konsequent: Wer sich rassistisch äußert, muss mit disziplinarischen Maßnahmen rechnen.

*Sie haben gerade rassistische Übergriffe angesprochen. Wie sieht es mit anderen Diskriminierungsformen aus?*

*Beispielsweise beim Thema Antisemitismus oder queere Vielfalt - wie bewerten Sie diese Bereiche in Ihrer Arbeit?*

Das ist im Grunde ähnlich gelagert. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind auch in diesen Themenfeldern geschult. Wir haben für diese Bereiche gezielte Qualifizierungsmaßnahmen, insbesondere für Betriebsräte, weil dort oft arbeitsrechtliche Fragen berührt werden. Über das DGB-Bildungswerk bieten wir Seminare in unterschiedlichen Kategorien an - von Antisemitismus über Queerfeindlichkeit bis hin zu allgemeiner Antidiskriminierungsarbeit.

Queerfeindlichkeit tritt durchaus auf, wird thematisiert und behandelt. Es gibt viele Programme, die sich explizit für Akzeptanz einsetzen. Gleichzeitig muss man realistisch sagen: In der Gesamtzahl der organisierten Beschäftigten ist das nicht die häufigste Diskriminierungsform, die uns begegnet. Der Fokus liegt aktuell, auch aufgrund der gesellschaft-

lichen Entwicklungen, stärker auf rassistischen Übergriffen und Äußerungen.

Aber natürlich hängen diese Themen zusammen. Vieles schwimmt sozusagen im „Bug“ mit. Ein Beispiel: Frauenfeindlichkeit wird häufig gar nicht so stark thematisiert, weil sie – überspitzt gesagt – immer schon Teil der gesellschaftlichen Struktur war. Das Patriarchat ist so tief verankert, dass Diskriminierung von Frauen oft als selbstverständlich hingenommen wird. Gleichzeitig zielt vieles, was die AfD tut, genau darauf ab, Frauenrechte einzuschränken. Und wenn Frauen Rechte verlieren, wird es auch für alle anderen Gruppen leichter, diskriminiert zu werden – allein schon, wenn man sich das Wahlverhalten anschaut. Diese Verknüpfungen müssen wir immer mitdenken, auch wenn unser Schwerpunkt derzeit auf Antirassismusarbeit liegt.

Beim Thema Antisemitismus haben wir eine sehr klare Position. Wir orientieren uns an der IHRA-Definition, die für uns verbindlich ist. Die Entwicklungen seit dem 7. Oktober haben jedoch gezeigt, wie herausfordernd das Thema in der Praxis ist. Ich sage das jetzt bewusst vorsichtig: Wenn man bestimmte Äußerungen in einzelnen Belegschaften konsequent an dieser Definition messen würde, müsste man dort sehr viele Gespräche führen – oder, zugespitzt gesagt, in einigen Fällen die halbe Belegschaft austauschen.

*Sie haben nun klar gemacht, dass es im Betrieb klare Grenzen gibt, wenn etwa jemand offen antisemitische Positionen vertritt. Gleichzeitig haben Sie auch angedeutet, dass nicht alle Fälle so eindeutig sind. Wie gehen Sie mit solchen Situationen um?*

Ja, bei Antisemitismus ist – in ganz großen Anführungszeichen – der „Vorteil“, dass Jüdinnen und Juden in vielen Fällen nicht sofort als solche erkannt werden. Das schützt sie in gewisser Weise, weshalb es im Arbeitskontext weniger offene Vorfälle gibt. Trotzdem leisten wir dazu viel Aufklärungs- und Bildungsarbeit.

Wir haben dazu auch eine eigene Fachgruppe und bereits zwei Fachtagungen organisiert. Dabei geht es uns darum, Antisemitismus nicht isoliert zu betrachten, sondern im Zusammenspiel mit anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Ein Problem in der deutschen Antirassismusarbeit ist ja oft, dass „Ausländer“ als eine homogene Masse wahrgenommen werden. Viele Programme richten sich an diese vermeintliche Gruppe – die es in der Realität so gar nicht gibt.

Ein Beispiel: Türkischer Rechtsextremismus und Nationalismus sind in Nordrhein-Westfalen ein großes Thema. Das muss genauso klar benannt und bekämpft werden wie deutscher Rechtsextremismus. Auch hier spielt Antisemitismus eine zentrale Rolle. Denn gerade in Teilen der organisierten rechtsextre-

men Szene mit türkischer Herkunft in Deutschland gibt es ideologische und organisatorische Verbindungen in die Türkei. Das betrifft zum Beispiel Moscheeverbände, die Predigten und Inhalte von dort vorgegeben bekommen. Auch die Millî-Görüş-Bewegung ist hier aktiv. Israel wird in diesen Kontexten oft instrumentalisiert - als Projektionsfläche, um nationalistische und antisemitische Narrative zu stärken.

Das ist ein Themenfeld, mit dem wir uns intensiv beschäftigen - bislang vor allem auf Fachtagungsebene. Uns ist wichtig, Antisemitismus und Antirassismus gemeinsam zu denken. Denn genau das versucht die AfD im Moment gegeneinander auszuspielen. Sie nutzt die Entwicklungen nach dem 7. Oktober und die widerlichen Demonstrationen islamistischer Gruppen, um alle migrantisierten Menschen pauschal zu diskreditieren - nach dem Motto: „Wir haben doch immer gesagt, die Ausländer sind antisemitisch.“ Dabei ist die AfD selbst zutiefst antisemitisch - sie tarnt es nur, weil der Hass auf Muslim\*innen derzeit größer ist als auf Jüdinnen und Juden.

Gleichzeitig nutzen islamistische Gruppen dieselben Ereignisse, um zu sagen: „Seht ihr, die Deutschen werden euch nie akzeptieren.“ Und genau dazwischen bewegen wir uns: Wir versuchen, unsere Leute dafür zu sensibilisieren, sehr vorsichtig und differenziert mit diesen Themen umzugehen. Denn wenn man hier einen Fehler

macht, kann man schnell mehr Schaden anrichten als Nutzen.

*Würden Sie sagen, das ist auch im betrieblichen Kontext eine der größten Herausforderungen - also, mit diesen Spannungsfeldern umzugehen?*

Ja, definitiv. Die größte Herausforderung ist im Moment aber die gesellschaftliche Gesamtlage. Wir stehen vor massiven Veränderungsprozessen - auch wirtschaftlich. In Nordrhein-Westfalen betrifft das insbesondere die Transformation der Industrie. Da hängen gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze dran, oft über Generationen hinweg. Und es gibt immer noch viele Menschen, die ein klassisches Sicherheitsmodell anstreben: ein Haus, Stabilität, eine planbare Zukunft.

Diese Sicherheiten geraten gerade ins Wanken. Viele fragen sich: Wie geht es wirtschaftlich weiter? Diese Unsicherheit ist ein enormer Nährboden für rechte und populistische Erzählungen. Unsere Aufgabe ist es, einerseits Haltung zu zeigen, wie ich es beschrieben habe - aber andererseits auch den Nährboden zu entziehen. Das bedeutet: Wir brauchen politische Lösungen für die Transformation. Wenn Menschen permanent Angst vor Statusverlust haben - und das ist ja auch wissenschaftlich vielfach belegt - werden sie empfänglicher für populistische Botschaften. Wenn sie einmal in diesem Strudel sind, beginnt der Radikalisierungsprozess.



Wir müssen also an den Ursachen ansetzen: wirtschaftliche Sicherheit, verlässliche Mitbestimmungsstrukturen. Betriebsräte, Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie Personalvertretungen müssen überhaupt die Möglichkeit haben, aktiv zu werden. Im Moment ist ihr Handlungsspielraum oft begrenzt. Sie haben Informations-, Anhörungs- und Mitbestimmungsrechte – aber nur letzteres erlaubt wirklich gestaltendes Handeln.

Wenn Betriebsräte mehr Einfluss auf Weiterbildung, Investitionen oder auch politische Bildung im Betrieb hätten, wäre schon viel gewonnen. Das sind allerdings Rahmenbedingungen, die letztlich die Politik schaffen muss: etwa durch Transformationsfonds, Energiepreisregelungen oder Investitionen in Infrastruktur.

Was wir im Alltag erleben, ist eine generelle Überforderung. Ich merke das ja selbst – ich habe ein Kind, muss es in die Kita bringen und dann nach Düsseldorf zur Arbeit fahren. Menschen erwarten gar nicht viel, außer dass das, was sie umgibt, halbwegs funktioniert. Aber das tut es oft nicht: Die Züge fahren unzuverlässig, Straßen und Brücken sind marode, die Kinderbetreuung bricht ständig weg. Das führt zu Stress, Angst und dem Gefühl, dass alles unsicher ist.

Und diese Gesamtlage ist eben ein idealer Nährboden – nicht nur für eine Partei wie die AfD, sondern auch für

Parteien der sogenannten Mitte, die ähnliche Narrative bedienen, ohne Lösungen anzubieten. Unsere Programme, unsere Haltung, unsere Netzwerke – das alles ist wichtig, aber es bekämpft letztlich die Symptome, nicht die Ursachen.

Die eigentlichen Ursachen liegen in strukturellen Ungleichheiten und in einer gesellschaftlichen Unsicherheit, die viele Menschen anfällig macht für Hass und Ausgrenzung. Erst wenn man diese Unsicherheit reduziert, kann man die gesellschaftlichen Ursachen von Rassismus und Menschenfeindlichkeit wirklich angehen.

*Sie haben gerade viel über Unsicherheiten gesprochen, die auch mit gesellschaftlichen Veränderungen zusammenhängen. Gibt es da, aus Ihrer Sicht, Unterschiede zwischen den Generationen? Lange Zeit galt ja gerade die junge Generation als besonders offen für Transformation – etwa im Bereich Klima, sozialer Wandel, Gleichstellung. Gleichzeitig erleben wir spätestens seit der letzten Bundestagswahl, dass auch viele junge Menschen rechtspopulistische Parteien wählen. Und rechte Akteure versuchen zunehmend, im Jugendbereich Fuß zu fassen – mit eigenen Jugendverbänden oder Freizeitangeboten. Erleben Sie in der gewerkschaftlichen Arbeit Unterschiede zwischen Jüngeren, die neu in die Betriebe kommen, und Älteren, die schon lange dabei sind?*

Ja, auf jeden Fall. Ich würde sagen, die Generation, die im Moment am stärksten mit diesen Unsicherheiten und Ängsten zu kämpfen hat - ohne den anderen Generationen das abzusprechen - ist die Gruppe der 35- bis 50-Jährigen. Also die, die mitten im Berufsleben stehen, Verantwortung tragen, vielleicht Familie haben und auf die nächsten Jahre schauen.

Aber es hängt auch stark von der Branche ab. Was uns auffällt - gerade, wenn man die letzten Bundestagswahlergebnisse mitdenkt - ist, dass es deutliche Polarisierungstendenzen gibt. Und die sind besorgniserregend. Kolleg\*innen von uns, die in Schulkonferenzen sitzen, berichten immer häufiger, dass Schüler\*innenvertretungen heute fast nur noch aus sehr linken oder sehr rechten Jugendlichen bestehen. Die sogenannte Mitte - wenn es sie je gab - wird immer kleiner.

Für uns als DGB-Jugend ist das ein Alarmsignal. Denn unser Grundprinzip ist ja die Einheit - der gemeinsame Einsatz für Interessen, über politische Differenzen hinweg. Polarisierung gefährdet das. Und sie spielt den Rechten in die Hände. Die AfD verfolgt da ja eine klare Strategie: Sie will so lange polarisieren, bis SPD, Grüne und Linke so weit nach links gedrängt werden, dass die CDU nicht mehr mit ihnen koalieren kann - und sich dann entweder selbst zerlegt oder am Ende doch mit der AfD zusammenarbeitet.

*Wie reagieren Sie als DGB-Jugend auf diese Entwicklung?*

Wir haben den Auftrag bekommen - beziehungsweise uns selbst wieder gegeben - den Schwerpunkt Schule stärker zu bearbeiten. Das war früher schon einmal ein wichtiges Feld, ist dann aber eine Zeit lang politisch etwas eingeschlafen. Jetzt definieren wir allgemeinbildende Schulen - also ab der Sekundarstufe I - wieder als zentralen Ort politischer Bildung und Selbstwirksamkeit.

Unser Ziel ist, Demokratie und Mitbestimmung dort erfahrbar zu machen. Auch wenn Schüler\*innen nicht unsere klassische Zielgruppe sind, haben wir als Dachverband von unseren Mitglieds-gewerkschaften den Auftrag, in diesem Bereich aktiv zu werden: mit Kontakten zu Schüler\*innenvertretungen, Empowermentstrukturen, und Programmen wie der Ausbildung von Courage-Coaches in NRW.

Das machen wir in Kooperation mit der Landesfachstelle des Projekts „Demokratische Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“. Dabei haben wir allerdings festgestellt: Das Ganze ist oft nicht nachhaltig genug. Viele Schulen bekommen ihre „Schule ohne Rassismus“-Plakette und glauben, damit sei der Rassismus besiegt. Aber so funktioniert das natürlich nicht.

Darum holen wir in drei Wochen rund 150 aktive und ehemalige Courage-Coaches nach Hattingen - in unsere

Jugendbildungsstätte - und arbeiten dort gemeinsam an Empowerment und Verstärkung. Kolleg\*innen der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) sind auch dabei. Denn Lehrkräfte und Schulleitungen spielen eine zentrale Rolle dafür, ob Demokratie und Selbstwirksamkeit in der Schule wirklich erlebbar sind.

Mit denjenigen, die die Schule gerade verlassen, wollen wir Anknüpfungspunkte schaffen, um sie in unsere gewerkschaftliche Jugendarbeit einzubinden. Zusammen mit unseren Teamenden aus dem Projekt-Tag Demokratie und Mitbestimmung“, das an Berufsschulen stattfindet, bauen wir da gerade neue Strukturen auf.

Dieses Projekt ist sehr erfolgreich: Der Arbeitsminister Karl-Josef Laumann ist Schirmherr, und wir erreichen damit jedes Jahr rund 8000 junge Menschen. In drei Modulen à 90 Minuten sprechen wir über Themen wie Demokratie, Mitbestimmung, Gesellschaft und Rechte von Auszubildenden.

Ein weiteres Projekt, das wir gerade aktualisieren, ist „90 Minuten gegen Rechts“ - ursprünglich nur in Dortmund zusammen mit dem BVB entwickelt. Das entstand damals, als es in der Nordstadt noch eine starke rechtsextreme Szene gab und auch der Verein selbst in der Südtribüne mit massiven Nazi-Strukturen zu kämpfen hatte. Der BVB hat damals viel Verantwortung übernom-

men und unterstützt dies bis heute finanziell.

Wir aktualisieren das Konzept gerade, weil manche Inhalte - etwa zu Schulhof-CDs - einfach nicht mehr zeitgemäß sind. Heute geht es eher um Online-Radikalisierung, Memes, Playlists, also die digitalen Räume, in denen Jugendliche unterwegs sind. Trotzdem bleibt das Grundprinzip gleich: Jugendliche dort abholen, wo ihre Identifikation liegt - in diesem Fall beim Fußball.

In einem der Module geht es um den Song „Am Borsigplatz geboren“, in dem die Zeile vorkommt: „Borussia Dortmund - 100.000 Freunde, ein Verein.“ Wir nutzen das, um mit Jugendlichen darüber zu sprechen: Wenn wir alle Teil eines Vereins sind, wie kann Herkunft dann überhaupt ein Trennungsgrund sein? Diese Identifikation funktioniert erstaunlich gut. Junge Menschen brauchen Bezugspunkte. Wenn wir ihnen keine anbieten, tun es die Rechten.

*Das klingt, als ginge es ganz stark auch um Prävention - darum, Räume zu besetzen, bevor Rechte es tun.*

Absolut. Wir sehen nämlich, dass rechtsextreme Gruppen - auch die klassischen, wie NPD oder die Nachfolgeorganisation Heimat - ihre Strategie geändert haben. Früher galten Schlägertrupps oder Hooliganstrukturen als „undiszipliniert“ und wurden von den eigenen Reihen ferngehalten. Heute

binden sie genau diese jungen, gewaltbereiten Leute ein – über Freizeitangebote, „Erlebnisreisen“ und pseudogemeinschaftliche Aktivitäten.

In Essen zum Beispiel sind kürzlich rund 30 junge Menschen unter 30 Jahren der NPD beziehungsweise der Heimat beigetreten. Das zeigt, dass diese Szene gezielt versucht, wieder Anschluss an die Jugendkultur zu gewinnen. Deshalb ist unsere Arbeit an Schulen und in Jugendverbänden so entscheidend.

Wir wissen aus Studien – auch aus dem Landesjugendring, in dem wir als DGB-Jugend Mitglied sind –, dass junge Menschen, die in demokratischen Jugendverbänden aktiv sind, deutlich weniger anfällig für populistische oder antisemitische Aussagen sind. Deshalb nennen wir uns auch bewusst „Werkstätten der Demokratie“. Und wenn wir jetzt beobachten, dass Rechte dieselben Mechanismen – Ferienfreizeiten, Gemeinschaftsangebote, Peer-Formate – für ihre Zwecke übernehmen, dann müssen wir da rein. Sonst verlieren wir eine ganze Generation.

*Sie haben eben gesagt, die Programme seien „sehr erfolgreich“. Meinen Sie damit vor allem Reichweite oder ist die Wirkung auch tatsächlich messbar?*

Beides. Wir haben zum Beispiel im Rahmen des sogenannten Wirksamkeitsdialogs eine Studie gemacht – unter anderem mit Fragen, die auch in der vor-

letzten Shell-Jugendstudie gestellt wurden, etwa zur Zustimmung zu antisemitischen oder populistischen Aussagen. Und da sieht man klar: Junge Menschen, die in unseren Verbänden aktiv sind, stimmen solchen Aussagen deutlich seltener zu.

Bei den Projekttagen Demokratie und Mitbestimmung arbeiten wir mit Evaluationsbögen, um Rückmeldungen systematisch auszuwerten. Und bei „90 Minuten gegen Rechts“ ist der Erfolg schwerer zu messen, weil wir ja nur 90 Minuten an einer Schule sind. Aber die Nachfrage spricht für sich: Viele Schulen laden uns regelmäßig wieder ein. Und Lehrkräfte berichten, dass sich das Klima verbessert.

Und wenn man sich Dortmund anschaut: Das Nazi-Problem in der Kurve ist nicht komplett verschwunden – aber es ist massiv zurückgedrängt. Der Verein ist heute sehr sensibilisiert und macht selbst unglaublich viel in Sachen Gedenk- und Bildungsarbeit. Das zeigt: Solche Projekte können wirklich etwas bewegen.

*Sie sagten vorhin, dass es wichtig ist, Unsicherheiten im Alltag der Menschen abzubauen, um ihnen Alternativen anzubieten. Sehen Sie darüber hinaus noch gesetzliche oder politische Veränderungen, die notwendig wären, um Menschen besser zu schützen?*

Ich fange mal beim Opferschutz an: Das ist insgesamt ein viel zu knapp ausgestatteter Bereich. Ich meine, wir

sitzen hier bei Ihnen bei der Opferberatung Rheinland, Sie kennen die Probleme: Es gibt schlicht zu wenig Mittel für Opferberatung, gerade im Bereich Rechtsextremismus. Die Beratenden sind überlastet, weil es zu viele Fälle und zu wenig Personal gibt. Das muss abgesichert und ausfinanziert werden.

Meine Interpretation unseres Grundgesetzes – gerade der Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse – schließt für mich mehr ein als nur Arbeit und Wohnraum. Es geht darum, dass Menschen überall in Deutschland, unabhängig davon, wie sie aussehen, die gleiche Möglichkeit haben müssen, ohne Angst an der Gesellschaft teilzuhaben. Das ist eine grundgesetzliche Aufgabe.

Ähnlich ist es beim Schutz vor Gewalt: Die Finanzierung und Bereitstellung von Frauenhäusern ist beispielhaft lausig. Das sind nur zwei exemplarische Baustellen, die zeigen, wieviel zu tun ist.

Wir setzen uns als DGB und in unserem Dachverband auch dafür ein, dass es ein Demokratiefördergesetz gibt. Das fordern viele Akteur\*innen aus der Demokratiebildung seit Jahren – es schien zeitweise auf dem Weg, dann wieder nicht. Ich halte es weiterhin für notwendig.

*Wie schätzen Sie die Chancen dafür ein? Glauben Sie, so ein Gesetz hätte reale Durchsetzungschancen – oder müsste es anders gestaltet werden als*

*ursprünglich gedacht?*

Wir brauchen so etwas auf allen Ebenen. Es geht natürlich um Geld, aber nicht nur darum: Es ist vor allem eine Frage des politischen Willens. Nehmen Sie politische Bildung: Kommunal gibt es Pflichtaufgaben wie Volkshochschulen, die gute Arbeit machen. Das Potenzial, dort deutlich mehr politische Bildung umzusetzen, ist vorhanden – wenn man es steuert, ausfinanziert und mit klaren Schwerpunkten versieht.

Die Projekte, die ich gerade beschrieben habe – etwa „Demokratie und Mitbestimmung“ – sind enorm wichtig. Ein großer Teil wird zwar durch Mitgliedsbeiträge finanziert, ein Teil auch über öffentliche Gelder wie Kinder- und Jugendförderpläne, aber letztlich leisten wir damit Arbeit, die auch im gesellschaftlichen Interesse liegt und die eigentlich staatlich dauerhaft zu finanzieren wäre. Lehrkräfte sind ohnehin überlastet und Schulen unterfinanziert; ihnen einfach noch mehr Verantwortung aufzubürden, ist keine Lösung.

Es geht also nicht nur um ein weiteres Programm. Das Problem ist strukturell: Vieles, was jetzt gemacht wird, ist befristet, in kleinen Töpfen, und wird als „kleines Pflaster“ verstanden. Dafür reicht das nicht. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel – und da ist ein Demokratiefördergesetz zentral.

Zudem wird diese Debatte ja von recht-

ten Narrativen untergraben: Es kursiert das absurde Bild, Demokratieförderung sei eine „Querfinanzierung“ von NGOs, um Parteien zu schaden. Dem ist nicht so. Wer solche Vorwürfe erhebt, sollte lieber inhaltlich in seine eigenen Parteiprogramme schauen und prüfen, warum ihn Demokratieförderung so verunsichert. Vielleicht entfernt sich die eine oder andere Partei inzwischen vom demokratischen Grundverständnis, das die Verfasser\*innen unseres Grundgesetzes im Blick hatten.

Ich finde, man muss hier mutig sein. Es gibt Akteur\*innen, die Demokratieförderung wollen, aber nicht mit der notwendigen Konfliktbereitschaft, um dafür zu kämpfen. Politisch wäre da durchaus Druck möglich: Die SPD wollte so ein Gesetz lange; die CDU bremst oft. Aber man kann Druck machen – und man muss auch den Mut haben, klare Positionen einzunehmen.

*Sie sprechen auch das - teils umstrittene - Thema Verbotsverfahren an: Wie stehen Sie dazu?*

Unsere Position ist klar: Die AfD gehört verboten. Warum? Weil sie in weiten Teilen unser Grundgesetz ablehnt. Das lässt sich nicht nur politisch, sondern auch juristisch belegen. Allein ihre Kategorisierung von Staatsbürger\*innen nach Herkunft statt nach Recht zeigt, dass sie Artikel 1 des Grundgesetzes nicht ernst nimmt. Die Frage eines Verbots ist eine juristische, und die Rechtslage ist in der öffentlichen

Diskussion schon geklärt.

Das Ziel ist nicht, Menschen aus der Gesellschaft zu entfernen, sondern die demokratischen Strukturen und Normen zu schützen. Wenn eine Partei verfassungsfeindlich ist, dann ist das kein bloßes politisches Problem – dann greift das in die Grundlagen unseres Gemeinwesens.

*Und wenn die AfD nicht mehr da wäre – reicht das dann?*

Nein. Selbst wenn die AfD verboten würde, blieben die Wähler\*innen und die gesellschaftlichen Ursachen. Deshalb brauchen wir gleichzeitig ein Demokratiefördergesetz: Wir müssen die Menschen, die sich von der Demokratie abgewandt haben oder sich abwenden könnten, wieder abholen.

Demokratieförderung ist kein „Erziehungsprojekt von oben“, sondern eine strukturelle Investition in Teilhabe, Selbstwirksamkeit und Mitbestimmung. Früher war politische Bildung ein normaler Bestandteil der schulischen Bildung. Nur weil in einigen Bundesländern bestimmte sozialwissenschaftliche Fächer zugunsten anderer Prioritäten reduziert wurden, heißt das nicht, dass Demokratiebildung eine neue, exotische Idee wäre. Es geht darum, wieder das zu tun, was wir früher gemacht haben – nur mit klarem Fokus und ausreichender Finanzierung.



Kurz: Wir brauchen beides. Ein Demokratiefördergesetz und die rechtliche Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Parteien. Und zwar nicht nur symbolisch, sondern mit einem konkreten Plan, wie wir die gesellschaftlichen Brüche, die zu diesen Radikalisierungsprozessen führen, angehen: weniger Unsicherheit, mehr wirtschaftliche Perspektive, bessere Infrastruktur, starke Mitbestimmung. Dann lassen sich die Ursachen von Hass und Menschenfeindlichkeit deutlich wirksamer bekämpfen.

*Sie hatten vorhin schon gesagt, dass es mehr Programme braucht. In Ihrer Mail hatten Sie geschrieben, dass Sie ein größeres Projekt in NRW zur diskriminierungsärmeren Jugendverbandsarbeit planen. Können Sie dazu schon mehr erzählen?*

Ja. Wir haben dafür jetzt eine zusätzliche Stelle geschaffen, die sich speziell mit Prävention sexualisierter Gewalt beschäftigt. Ziel ist, das Thema nicht von der diskriminierungsärmeren Jugendverbandsarbeit zu trennen, sondern ihm eine eigene Aufmerksamkeit zu geben. Gleichzeitig haben wir Arbeitsschwerpunkte aufgemacht, in denen Hauptamtliche und aktive Mitglieder gemeinsam arbeiten, unterstützt von Fachpersonen.

Ein Schwerpunkt ist die offene Gewerkschaftsarbeit und feministische Gewerkschaftsarbeit. Bei der offenen Ge-

werkschaftsarbeit gibt es drei Untergruppen: nicht-weiße Gewerkschafter\*innen, queere Gewerkschafter\*innen und Menschen mit Beeinträchtigung oder Schwerbehinderung. Jede dieser Gruppen hat eigene Diskriminierungserfahrungen und benötigt individuelle Ansätze.

Bei den nicht-weißen Gewerkschafter\*innen ging es zunächst darum, Räume zu schaffen. Interessanterweise wurden diese kaum nachgefragt, vermutlich, weil unsere Mitgliedschaft ohnehin stark auf Einheit in Vielfalt ausgerichtet ist. Die queeren Netzwerktreffen sind inzwischen etabliert; dort tauscht man sich über aktuelle Situationen aus und plant Bildungsveranstaltungen. Das Ziel ist vor allem, die Repräsentanz zu erhöhen. Dafür müssen Menschen, die sich in diesen Kategorien wiederfinden, Mitglied werden, sich vernetzen und empowered werden. Wir strukturieren das Projekt in drei Phasen: Erstens Vernetzung – das haben wir in verschiedenen Formaten schon umgesetzt. Zweitens Empowerment – Seminare und Schulungen, damit die Zielgruppen selbst ihre Themen entwickeln und bearbeiten können. Drittens Allies-Ausbildung – die Phase, in der wir überlegen, wie die gewonnenen Erkenntnisse und Haltungen in das Handeln aller Mitglieder übertragen werden können.

Der Gedanke dahinter ist, dass man Themenvielfalt erhöht, ohne die Organisation zu fragmentieren. Feminismus

bildet einen übergeordneten Schwerpunkt. Frauen sind zwar keine Minderheit, werden aber strukturell diskriminiert. Daher führen wir beispielsweise eine Frauenkonferenz nächstes Jahr durch, mit Kolleg\*innen und Referent\*innen, um geschlechtsspezifische Themen gezielt voranzubringen, ohne die anderen Gruppen zu vernachlässigen.

Daneben haben wir Awareness-Strukturen aufgebaut, etwa Schulungen im Rahmen des Schutz- und Awareness-Konzepts, die jetzt in die Betriebe und Gewerkschaften hineinwirken sollen. Im Ausbildungszentrum haben wir ein Experiment gestartet: Grundlagen-Präventions- und Schutzschulungen für Hauptamtliche, Ausbilder\*innen und Auszubildende. Es ging um das Minimum, was nötig ist, um diskriminierungsärmer zu agieren. Das hat gut funktioniert, auch wenn die Ressourcen für einen großflächigen Rollout begrenzt sind – selbst eine Organisation mit sechs Millionen Mitgliedern stößt hier an finanzielle Grenzen.

*Warum ist das so wichtig?*

Diskriminierung wird häufig still akzeptiert. Je früher und häufiger Menschen im Alltag Diskriminierung erleben, desto mehr gewöhnen sie sich daran. Die meisten Erfahrungen machen Auszubildende am Arbeitsplatz, nicht zu Hause. Wenn wir also früh ansetzen – in Ausbildung, Schule oder

anderen Formaten – lernen junge Menschen, dass Diskriminierung nicht akzeptabel ist. Diese frühe Prävention ist entscheidend, um stille Akzeptanz in der Gesellschaft zu reduzieren, die eines der größten Hindernisse für Gleichbehandlung darstellt.

*Würden Sie sagen, dass Sie als DGB-Jugend teilweise auch nochmal anders unterwegs sind? Sie entwickeln Bildungsangebote, Ideen, neue Konzepte – haben Sie da eine Sonderrolle oder arbeiten Sie sehr stark verzahnt mit dem Gesamt-DGB? Gibt es Bedarfe, bei denen Sie sich wünschen würden, dass gerade junge Menschen, die Sie ja vor allem vertreten, mehr eingebunden werden und eine eigene Stimme bekommen?*

Ja, genau. Wir stellen ungefähr 10% der Mitgliedschaft – das heißt, wir als DGB-Jugend bis 27 Jahre. Das ist noch einmal ein eigener Bereich. Innerhalb der Mitgliedschaft unter 27 ist die Jugend die Gruppe, die wächst – unterschiedlich je nach Branche – und gleichzeitig von der Grundgesamtheit her am besten organisiert. Wir sind ein unabhängiger Verband, aber gleichzeitig gibt es im DGB zwei Personengruppen, die besondere Mitbestimmungsrechte haben: Jugend und Frauen.

Die Struktur des DGB ist nicht basisdemokratisch. Die Basisdemokratie fängt bei den Mitgliedsgewerkschaften über die Betriebsstrukturen an. Auf jeder Ebene entsenden die acht Mitgliedsge-

werkschaften ihre Vertretung in die Vorstände. Ich nehme das mal als Beispiel für die DGB-Jugend NRW: Alle acht Mitgliedsgewerkschaften haben jeweils eine stimmberechtigte Person im Vorstand, plus ich selbst. Auf der Erwachsenenenebene sind es die acht Gewerkschaften plus ein Vorsitz und eine stellvertretende Vorsitzende. Zusätzlich haben Jugend und Frauen jeweils ein eigenes Mandat. Das heißt, wir haben institutionalisierte Mitsprache, die viele andere Jugendverbände so nicht haben.

Diese Struktur gibt uns einerseits die Freiheit, eigenständig zu handeln, andererseits auch die Möglichkeit, neue Ansätze auszuprobieren, die der Gesamtverband vielleicht noch nicht umgesetzt hat. Das ist ein Vorteil der Jugendarbeit: Junge Menschen haben oft noch den festen Glauben daran, dass die Welt besser sein kann. Ältere Generationen, die schon 50 oder 60 Jahre in der Organisation sind, haben diese Kampfbereitschaft manchmal weniger – das hat auch mit der eigenen Selbstwirksamkeit zu tun.

Die Generation kurz vor der Rente ist in einer ganz anderen Hierarchiewelt aufgewachsen. Für sie war es vielleicht nie Teil ihres Erfahrungshorizonts, sehr früh Menschen zu befähigen, etwas zu verändern. Deshalb ist diese Dualität wichtig: Wir haben die Erfahrung und Ressourcen des Gesamtverbands, gleichzeitig die Dynamik, das Engage-

ment und die Innovationskraft der jungen Generation.

Unsere Satzung und die finanzielle Ausstattung innerhalb des DGB-Dachverbands erlauben es uns, das, was wir uns vornehmen, auch umzusetzen. Wir können sowohl eigenständig Projekte entwickeln als auch die Mittel und Strukturen nutzen, die der Gesamtverband bereitstellt. Das verschafft uns einen Handlungsspielraum, der in dieser Form für junge Menschen in anderen Verbänden oft nicht existiert.

*Sie sind in verschiedenen Positionen aktiv – einmal in Zusammenarbeit mit der Landespolitik über Lobbyarbeit, dann mit Jugendverbänden, in der Jugendverbandsarbeit, und zusätzlich als IDA-Vorstand mit IDA-Themen vertraut, ebenso wie mit Beratungsstellen. Wie würden Sie denn eine optimale Zusammenarbeit beschreiben? Würden Sie sagen, die Zusammenarbeit ist bereits optimal, oder wo bräuchte es stärkere Verzahnung, stärkere Vernetzung – mit der Landesregierung, mit den verschiedenen Ebenen der Verbandsarbeit, mit der Politik, und auch mit der Beratungsstelle? Gerade für Menschen, die potenziell betroffen sind, wo bräuchte es mehr?*

Also, ich glaube, eine Sache, die man selbst organisieren muss, ist eine Plattform zum Austausch, damit überhaupt ein gemeinsames Arbeiten möglich ist. Ich bin 2017 nach Nordrhein-Westfalen

versetzt worden und habe damals noch für die IG BCE gearbeitet. Ich kannte weder IDA, ich kannte die OBR nicht, und die Arbeit, die dahintersteckt, ebenfalls nicht. In dem Moment wäre die Beratungsstelle für mich gar nicht nutzbar gewesen, weil ich sie nicht kannte. Ich glaube, es braucht eine Plattform, auf der sich große Organisationen zusammentrauen. Nicht nur wir, sondern auch Kirchen, Sportvereine und andere große Massenorganisationen könnten hier Verantwortung übernehmen.

Dabei geht es nicht nur darum, Informationen auszutauschen - „Wie ist der Stand? Geht mal zur OBR und abgehakt“ - sondern auch darum, einander gegenseitig Hilfestellung zu geben. Damit die Werte, die wir als Gewerkschaften, Kirchen oder Sportvereine nach vorne tragen, auch umgesetzt werden können - durch Unterstützungsmaßnahmen, Einbindungsmaßnahmen oder Verbreiterungen. Das müssen wir als Zivilgesellschaft organisieren, weil wir uns im aktuellen gesellschaftlichen Rechtsdruck nicht darauf verlassen können, dass der Staat mehr Geld, Personal oder Ressourcen bereitstellt.

In einer idealen Welt könnte man das mit mehreren Organisationen umsetzen. Dann wäre kein Thema, das sich gesellschaftlich wie ein Nischenthema anfühlt, mehr ignorierbar. Für die Menschen, die in einer Nische sitzen, ist

das ihre ganze Welt. Wir müssen versuchen, hier weiterzukommen - und gemeinsam. Es gibt Initiativen, wie die Kampagne, bei der Opferberatungen deutschlandweit eingebunden sind. Das ist gut, kann aber noch mehr Unterstützung von größeren Verbänden vertragen.

Man kann die Strukturen von IDA nutzen, um auf Mitgliedsverbände zurückzuwirken. Das ist eine Verantwortung, die wir als Vorstand haben. Gleichzeitig sollte man überlegen, wie man den Einfluss auf die Politik nutzt - zum Beispiel die CDU oder die Junge Union, die Mitglied bei IDA sind. Die Frage ist, wie wir auf diese Strukturen einwirken, um demokratische Werte zu stärken.

Wenn ich an die Landesregierung oder staatliche Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft denke, finde ich es gut, dass wir nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus zunächst auf gesellschaftliche Pluralität gesetzt haben. Das zeigt sich zum Beispiel im Kinder- und Jugendförderplan: Viele Interessen werden gefördert, mit dem Ziel, dass Menschen mitgestalten, nicht nur auf Vorgaben reagieren, aber alles im Rahmen der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung.

Gleichzeitig kann man sich nicht darauf verlassen, dass die bestehenden Träger, Verbände und Organisationen, die eine starke Zivilgesellschaft abbilden, automatisch funktional bleiben. Die CDU sagt

ja oft, diese Zivilgesellschaft existiere nur, weil sie finanziert wird. Das stimmt nicht. Zivilgesellschaft existiert auch ohne Geld, aber mit Finanzierung wird sie arbeitsfähiger.

Ich glaube, wir brauchen einen klar definierten gesellschaftlichen Rahmen: Welche Aufgaben liegen beim Staat, welche bei der Zivilgesellschaft? Ziel muss sein, dass Kinder sicher zur Schule gehen, dass sie ein warmes Mittagessen erhalten, dass Menschen auf die Straße gehen können, ohne wegen ihres Aussehens bedroht zu werden. Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Zivilgesellschaft und Landes- bzw. Bundesregierung, der Klarheit schafft und die Aufgaben verteilt.

Dieses Narrativ ist wichtig, weil es sonst diffus bleibt, wenn niemand klarstellt, wofür Fördermittel eingesetzt werden und welche Ziele verfolgt werden. Die AfD spielt gezielt mit Grauzonen, Ängsten und Unsicherheiten. Die einzige Alternative zur derzeitigen Situation ist sonst rechts, es gibt keine andere Erzählung aus der Mitte oder von links. Deshalb brauchen wir eine positive Erzählung: Wie wollen wir zusammenleben, ohne dass es den direkten Weg zum Faschismus ebnet? Ich möchte nicht, dass eine Katastrophe nötig ist, damit wir erkennen, was falsch läuft.

Mein Wunsch wäre eine breite, verbindliche Diskussion zwischen Zivilgesellschaft und Regierung darüber, wie wir das schaffen, und dass dies verlässlich umgesetzt wird. Fördermittel müssen planbar sein – aktuell kann niemand ein halbes Jahr vorher wissen, ob sie fortbestehen. Das ist keine Verlässlichkeit, keine gute Zusammenarbeit.

Wenn ich also eine politische Maßnahme direkt umsetzen könnte, um Betroffene rechter Gewalt besser zu schützen und Rechte zu stärken, wäre mein Wunschkonzert ein ausfinanziertes, dynamisiertes Demokratiefördergesetz, das alle Punkte mitdenkt: Jugendverbände, Opferberatung, Präventionsarbeit. Wir haben bereits eine breite Zivilgesellschaft, die viele Aufgaben übernimmt – zunächst müssen wir dafür sorgen, dass sie diese Aufgaben sicher weiterführen kann und dass alles gemeinsam gedacht wird, nicht isoliert. Danach können weitere Maßnahmen folgen.

*Gibt es noch etwas, das Sie gerne hinzufügen würden, einen Themenpunkt, den wir bisher nicht angesprochen haben?*

Nur: Der beste Schutz der Demokratie ist, Mitglied in einer Gewerkschaft zu werden. ◀

Andreas Jansen ist seit 2022 Abteilungsleiter beim DGB NRW für die Themenfelder Jugend und Demokratie. Er leitet damit auch die DGB Jugend NRW, einer der, mit 120.000 Mitgliedern bis 27, größten Jugendverbände von Nordrhein-Westfalen. In diesem Kontext trägt er Verantwortung für die Demokratiebildung junger Gewerkschafter\*innen und der politischen Bildung in dem Bereich Demokratie und einer diskriminierungsärmeren Verbandsarbeit. In diesem Zusammenhang arbeitet er seit mehreren Jahren im Vorstand des IDA e.V. mit zuletzt als CO-Vorsitzender.

Sabrina Hosono ist Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Opferberatung Rheinland.

# Das Verständnis für Intersektionalität und das intersektionale Denken muss wachsen!

– Im Gespräch mit Arwa A. über Intersektionalität, Inklusion und Rechte von Menschen mit Behinderung

Interview mit Arwa A.  
Das Interview führte Regina Gahbler

## Frauen of Color und mit Behinderung

sind oft mehrfachen Diskriminierungen ausgesetzt – sowohl aufgrund ihrer Behinderung als auch ihres Geschlechts und zudem aufgrund ihrer Rassifizierung, d.h. aufgrund einer rassistischen Unterscheidung anhand von zugeschriebenen oder tatsächlichen Merkmale wie Hautfarbe, Sprache, Religion oder Herkunft.

**Politik und Gesetzgebung**, insbesondere die UN-Behindertenrechtskonventionen (UN-BRK) wie auch Artikel 3 des Grundgesetzes und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), zielen eigentlich darauf ab, diese Mehrfachdiskriminierungen zu bekämpfen und Gleichberechtigung von Frauen of Color und mit Behinderung zu fördern. Das beinhaltet auch Maßnahmen zum Schutz vor Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch. Doch in Politik und Gesetzgebung sind ihre Perspektiven und Lebensrealitäten oft unterrepräsentiert.

**Wir sprachen mit Arwa A. über ihre Erfahrungen als Frau of Color mit Migrationsgeschichte und mit Behinderung.** Sie erzählt uns im Interview von täglichen Barrieren und Herausforderungen und teilt mit uns ihre intersektional geprägte Sicht als Betroffene und als Sozialarbeiterin auf Bedarfe in Bezug auf einerseits den

Schutz vor Mehrfachdiskriminierung und Gewalt sowie andererseits gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten.

*Liebe Arwa, danke schön für deine Zeit für dieses Interview hier. Du kämpfst als körperlich beeinträchtigte Frau mit Migrationsgeschichte in deinem Alltag immer wieder mit Hindernissen und Herausforderungen, das heißt mit verschiedenen Diskriminierungen.*

*Kannst du uns einen Einblick geben, womit du täglich konfrontiert bist?*

Ja, also wenn ich das so im Großen und Ganzen beschreiben würde, kann ich sagen, dass ich an sich mit meiner Behinderung gut zurechtkomme. Erst wenn ich auf die Barrieren meiner Umgebung stoße, spüre ich die Herausforderung im Alltag. Am Anfang war mir das nicht so ganz bewusst, aber mit der Zeit habe ich gemerkt, dass ich aufgrund meiner intersektionalen Identität – als Frau, als Muslima mit Migrationsgeschichte, mit einem „arabisch klingenden“ Namen und mit meiner Behinderung – schon von mehrfachen Diskriminierungen betroffen bin. Ich kämpfe in meinem Fall sowohl mit den baulichen Barrieren, als auch mit den „Barrieren in den Köpfen“, so tagtäglich, aber auch mit strukturellen Diskriminierungen.



Ich kann mal ein paar Beispiele nennen: Wenn ich an meine Schulzeit denke, ich war ja in einer inklusiven Schule. Da waren wir Schüler:innen mit und ohne Behinderung. Aber wir waren nur drei oder vier Schüler:innen mit Migrationsgeschichte und ich war die Einzige, die aus einem nichteuropäischen Land kommt, einem sozusagen „muslimischen Land“. Unsere Schule bot auch Physiotherapie an, welche ich in Anspruch genommen habe. Während der Therapie habe ich mich mit den Therapeut:innen immer wieder über aktuelle Themen unterhalten. Aufgrund meines Glaubens diskutierten sie mit mir zum Beispiel über das Thema Kopftuch, auch wenn ich keins trug. Da haben die Therapeut:innen Aussagen gemacht wie: „Ich würde nicht so offen mit dir reden, wenn du ein Kopftuch tragen würdest. Du bist dann für mich ein ganz anderer Mensch.“ Solche Aussagen kann ich nicht verstehen. Ich bin ja die gleiche Person - ob mit oder ohne Kopftuch. Aber das war für sie halt anders. Und wenn sie über meine Antworten über muslimisches Leben am Ende einer Diskussionen überrascht waren, dann sagten sie zum Beispiel: „Ich wünschte alle Muslime wären wie du!“ Da habe ich mich gefragt: „Okay, welche Muslime kennen die überhaupt?“ In diesen Momenten habe ich gemerkt, dass viele Menschen nur in ihren Bubbles leben und wenig Kontakt darüber hinaus haben. Und wenn sie dann aber einen Kontakt haben, dann ist diejenige Schüler:in oder dieser Mensch direkt der Repräsentant oder die Repräsentantin

„des Islams“. Das ist auf Dauer schon sehr anstrengend für mich gewesen.

Und auch im Krankenhaus habe ich diskriminierende Erfahrungen gemacht: Das Personal sieht bzw. liest meinen Namen und dann wird direkt davon ausgegangen, dass ich kein Deutsch kann. Oft wird dann direkt ein arabischsprachiger Arzt zu mir geschickt, der mit mir Arabisch spricht und ich denke mir: „Wir können auch Deutsch sprechen.“ Schließlich ist arabisch nicht meine Muttersprache. Oder ein anderes Beispiel: Einmal sagte eine Schwester bei der Patientenaufnahme, als sie mich mit meiner Begleitperson sah, direkt: „Ich möchte bitte mit jemandem sprechen, der Deutsch spricht.“ Weil sie aufgrund unseres Aussehens davon ausging, dass keiner von uns Deutsch beherrscht. Und ich sagte ihr: „Ok, hallo, guten Tag! Wir können gerne reden.“

Auch in alltäglichen Begegnungen im Umgang mit anderen Menschen merke ich das. Wenn ich draußen unterwegs bin, kann es passieren, dass wildfremde Menschen mich nur in Bezug auf meine Behinderung ansprechen. Eine Frau sagte mal zu mir in einem Café: „Und sie sind immer auf Hilfe angewiesen?“ Und ich denke mir: „Was soll ich dazu sagen? Ist das so eine Frage?“ Oder zum Beispiel auf der Straße, wenn ich an der Ampel stehen bleibe. Einmal kam ein Mann auf dem Fahrrad und sprach nicht mich, sondern die Assistentin, an. Er fragte meine Assistentin: „Was ist mit ihr los?“ Oder ein anderes Beispiel, als ich mal in

einem Park unterwegs war. Da ging eine Frau an mir vorbei und statt Hallo zu sagen, guckt sich mich direkt an und sagte: „Auch ein schweres Los!“ So ist das letztendlich immer wieder. Und das ist dieser ableistische Blick auf Menschen mit Behinderung, als wären wir immer die „Opfer“. Also ich fände es sehr schön, wenn ich als Mensch, das heißt mit meiner gesamten Persönlichkeit gesehen werde und nicht nur diese mitleidenden Blicke erhalte. Das ist halt die sprachliche Ebene aufgrund der Äußerlichkeiten.

Einmal hatte ich auch den Fall, dass ich ein bisschen später in eine Arztpraxis kam, weil ich keinen Parkplatz fand, wo ich mit dem Rollstuhl rausfahren konnte. Hinzu kam auch, dass der Aufzug von der Praxis total eng war. Also für meine Assistentin und mich war es super schwierig, aus dem Aufzug rauszukommen, und so hat es gedauert, bis ich in der Praxis war. Das sind dann die baulichen und praktischen Herausforderungen in meinem Alltag. Ich habe dann die Arzthelferin gefragt, ob ich bei der Ärztin noch angenommen werden kann. Als die Ärztin meinen Namen laß, schrie sie durch die Praxis: „Ja, spricht sie überhaupt Deutsch?“ Das war so überhaupt nicht schön! Erst der lange Weg und der sehr enge Fahrstuhl und dann das. Sie war total sauer auf mich und hat mich dann nicht mehr angenommen.

Solche Barrieren gibt es ja immer wieder. Ich habe ja Soziale Arbeit

studiert und während des Praxissemesters war es super schwierig für mich eine Praxisstelle zu finden, die barrierefrei ist. Ich habe am Ende zum Glück eine Praxisstelle im Jugendzentrum bekommen. Das war damals während der Corona-Zeiten aber besonders schwierig. Von meinen Kommiliton:innen, die auch im Rollstuhl sitzen, habe ich dann auch erfahren, dass es für sie ebenfalls super schwierig war. Generell haben wir in Deutschland immer noch viele Barrieren in jedem Bereich: Arztpraxen, Bahnhaltestellen, Veranstaltungen, lokale Geschäfte und Cafés. Die Liste ist lang. Wie oft fahre ich irgendwo hin, zum Beispiel in die Bücherei oder zur Post, wo mich dann eine Stufe erwartet, weshalb mir dann der Zugang verwehrt bleibt.

Das klingt alles sehr negativ. Ich muss an dieser Stelle sagen, dass ich mich mit meinen Zielen und Träumen nicht unterkriegen lasse. Ich glaube, es sind Zuschreibungen der Menschen und institutionelle Hürden, die uns in Schubladen stecken und die Teilhabe verwehren. Denn ansonsten bin ich ein freudiger Mensch, lebe mein Leben wie jeder Andere und verfolge meine Ziele und Träume. Ein Zitat der Autorin Kübra Gümüşay finde ich dazu total passend. Sie spricht davon, dass die Menschen in ihren sozusagen „Sprachgefängnissen“<sup>[1]</sup> gefangen sind, d.h. man wird in Kategorien eingesperrt, sodass einem die individuelle Vielschichtigkeit genommen wird. Diese „Sprachgefängnisse“ entstehen durch gesellschaftliche

[1] Vgl. Gümüşay, Kübra (2020): Sprache und Sein. Hanser Literaturverlag.

Erwartungen, Vorurteile und stereotype Begriffe – also durch Sprache, die mehr festlegt als ermöglicht. Also Menschen werden kategorisiert danach: du siehst „anders“ aus, du bist eine Muslima, du hast einen Migrationshintergrund, du hast eine Behinderung, du hast eine andere Herkunft oder vielleicht trägst du auch ein Kopftuch. Dann bist du für die Leute direkt ganz „anders“ markiert. Dann kannst du nicht mehr frei sprechen, weil du dann ständig für eine ganze Gruppe sprechen sollst oder du sollst bestimmten Rollen entsprechen. Und das merke ich. Ich kann mich halt nicht frei äußern, sondern entweder muss ich als Rollstuhlfahrerin für alle Rollstuhlfahrer:innen sprechen oder für „die ganzen Migranten“, also Menschen mit Migrationsgeschichte, oder für „alle Muslime“. Du musst dann halt so der Repräsentant oder die Repräsentantin sein.

Darüber hinaus kämpft man wirklich viel mit den strukturellen Barrieren, welche auch eine ziemlich große Hürde sind. Also gerade die Bürokratie mit den Behörden ist wirklich unüberschaubar und auch belastend. Man merkt durch Anträge, dass es da wirklich keine klare Struktur gibt. Also die Bürokratie ist sehr komplex und wird nicht in einfacher Form dargestellt. Also, wenn dir das und das zusteht, kannst du so und so den Antrag stellen. So sollte es sein, ist es aber nicht.

Ich bin zum Beispiel seit anderthalb Jahren fertig mit der Bachelorarbeit.

Seit letztem Jahr kämpfte ich mit der Agentur für Arbeit und dem LVR[2], dass mir ein Antrag für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben bewilligt wird. Mein Antrag wurde lange hin und her geschoben.

Auch so die Jobsuche. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird Menschen mit Behinderung und Personen aus marginalisierten Gruppen, bei gleicher Qualifikation, viel schwerer gemacht. Insofern begegnen Mensch mit Behinderungen Barrieren auf verschiedenen Ebenen. Wenn man es so zusammenfasst: die Gesellschaft, die Menschen, aber auch die Strukturen und Behörden behindern.

*Vielen Dank dir fürs Teilen, für deine Ausführungen und deinen sehr persönlichen Einblick! Kannst du uns sagen, was entscheidend dazu beitragen könnte, dass dein Alltag barrierefreier ist und du deine Rechte und Grundfreiheiten uneingeschränkt und gleichberechtigt leben kannst.*

Ja, ich denke, dass verschiedene Stellen dazu beitragen könnten. Einerseits die Gesellschaft. Also, dass man generell offener gegenüber Menschen mit Behinderung und Menschen aus marginalisierten Gruppen ist und mit ihnen umgeht. Und auch dieses Schubladendenken. Also, sich ein bisschen davon zu lösen und offener Kontakt suchen. Ich meine, wir sind halt auch aktiv auf Social Media. Da sieht man, wir sind sichtbar. Und ich habe auch die Hoffnung, dass die jetzige

[2] LVR steht für „Landschaftsverband Rheinland“. Die Aufgaben des LVR liegen in den Bereichen der sogenannten Behindertenhilfe, Jugendhilfe, Psychiatrie und Kultur für die Menschen im Rheinland.

Generation, also die jüngere Generation, ein bisschen offener ist, als die Generation unserer Eltern. Es würde auch was bringen, wenn die Gesellschaft generell und die Strukturen sich verändern. Ich denke zum Beispiel an inklusive Bildung. Darüber habe ich übrigens meine Bachelorarbeit geschrieben. Wenn also von Anfang an in Kitas und in Schulen Menschen mit und ohne Behinderung zusammenkommen, in eine Schule gehen und nicht erst im Studium oder in der Ausbildung oder erst wenn man fertig ist aufeinander treffen, dann ist der Umgang miteinander selbstverständlicher.

Ich merke alleine durch den Kontakt mit Kindern, wie es anders sein kann. Ich denke zum Beispiel an meinen Neffen, wie der mich sieht und wie er auf mich zugeht, wenn er meinen Rollstuhl sieht. Er ist interessiert und will den Knopf am Rollstuhl ausprobieren. Mein Neffe ist eigentlich noch sehr klein, aber wie er und andere Kinder mich sehen, ist anders. Wenn Kinder mir Fragen stellen, antworte ich auch sehr gerne. Egal welche Frage. Aber ich habe auch schon Kinder erlebt, die rennen weg und haben Angst, wenn sie jemanden mit einem großen Rollstuhl sehen. Ich nehme denen das nicht übel. Aber ich glaube, damit fängt es halt an. Wenn Inklusion schon im Kindergarten umgesetzt wird, dann ist die Gesellschaft von Beginn an inklusiver. Und ableistische Denkmuster reduzieren sich und werden im besten Fall nicht mehr reproduziert.

Offen ins Gespräch kommen, ist wichtig. Sich offen austauschen auch. Wenn man sich austauscht, dann sollte man auch über Themen sprechen, die wirklich alle betreffen. Also zum Beispiel: Was machst du gerne? Was machst du gerne in deiner Freizeit? Wo bist du gerne unterwegs und so weiter? Welche Themen beschäftigen dich? Vom Politischen bis hin zur Frage: Auf welches Konzert gehst du gerne? Und nicht nur: Wie benutzt du den Rollstuhl und so weiter. Ja, klar, da sind auch Themen, die die Leute interessieren. Es sollte aber nicht nur die Behinderung ein Thema sein, sondern auch andere und allgemeine Themen, so dass man halt eine Mischung aus allem hat. Denn nur dann ist das auch eine Begegnung auf Augenhöhe. Und ich glaube, wenn man so einen offenen Austausch hat, mit Respekt und wenn man aufeinander zugeht und offen miteinander spricht, dann kann man auch die eigenen Berührungsängste abbauen.

Viele Menschen haben schon Berührungsängste, wenn sie einen Menschen mit Behinderung treffen oder sehen. Und ja, das ist ein Punkt, den ich sehr wichtig finde. Also, dass Menschen sich informieren. Jetzt gibt es auf Social Media auch Seiten wie zum Beispiel von Raul Krauthausen, er ist ja ein sehr bekannter Aktivist. Er zeigt immer wieder Beiträge, zum Thema Inklusion. Es ist generell wichtig, dass sich die Menschen mit Diskriminierungen beschäftigen, also gerade Menschen, die nicht davon betroffen sind.

Was meinen Alltag auch erleichtern würde, wäre eine vereinfachte Bürokratie. Also, zum Beispiel wenn es klarere Strukturen für uns gäbe. Und es ist auch wichtig, dass der Arbeitsmarkt wirklich gleichberechtigt ist. Dass das nicht nur bei Stellenausschreibungen steht, sondern dass alle gleich behandelt werden. Also ich meine, dass die Gleichberechtigung aller auch wirklich auf dem Arbeitsmarkt existiert, das ist wichtig.

*Du hattest gerade aus deiner Perspektive als Frau mit Behinderung, die ebenfalls Rassismuserfahrungen macht, immer wieder die intersektionale Perspektive stark gemacht. Unser Magazin hat den Fokus Politik und Gesetzgebung. Was würdest du sagen, könnte ein Bewusstsein und eine Sensibilität für Intersektionalität, also für Mehrfachdiskriminierung, bei Politik und Gesetzgebung bzw. bei Politiker:innen und Jurist:innen stärken?*

Ich finde, dass die Politik vor allem Antidiskriminierungsstellen wirklich langfristig fördern und ihre Arbeit ernst nehmen muss. Also gerade Stellen wie jetzt die Opferberatung, aber auch Antidiskriminierungsbüros oder zum MEDAR[3]. Diese Stellen sammelt alle Daten zu diskriminierenden Vorfällen oder Gewalttaten. Und diese Daten, die dort gesammelt werden, müssen dann auch von der Politik ernst genommen und behandelt werden. Zum Beispiel, wird hier deutlich, dass sich seit dem 7. Oktober Vorfälle generell gegen Mus-

lime und gegen jüdische Menschen in Deutschland verstärken. Ich finde, gerade jetzt muss die Politik da dringend etwas tun. Es gibt ja immer wieder Angriffe und Drohungen gegen Moscheen und Synagogen. Hier muss die Politik genau hinschauen, um die Menschen und Gemeinden davor zu schützen und sie zu unterstützen.

Generell, aber vor allem auch in Bezug auf die Mehrfachdiskriminierung, muss die Politik etwas tun, auch wenn das sicher komplex und herausfordernd ist. Ich denke auch zum Beispiel an die Polizei. Wenn bei der Polizei die Daten eines Vorfalls erfasst werden, wird soweit ich weiß nur auf ein Merkmal eingegangen, aber nicht auf mehrere Diskriminierungsmerkmale. Bei Vorfällen wegen Rassismus, Diskriminierung und Behinderung wird keine systematische Analyse zur Mehrfachdiskriminierung, zum Beispiel aufgrund von Behinderung und Rassismus, erfasst. Und an der Stelle muss was getan werden! Das Verständnis für Intersektionalität und das intersektionale Denken muss wachsen, das ist wichtig. Dafür setzen sich jetzt zwar viele Stellen ein, aber das muss auch besser gefördert werden, sodass in der ganzen Gesellschaft ein reflektierter Umgang mit Mehrfachdiskriminierung stattfindet.

Was ich auch wichtig finde ist, dass hier zum Beispiel Fachtagungen gefördert werden. Also Fachtage zu Themen wie Ableismus, antimuslimischer Rassismus und Antisemitismus. Denn ich merke

[3] MEDAR steht für Melde- und Dokumentationsstelle für antimuslimischen Rassismus und ist ein Projekt, welches antimuslimischen Rassismus in NRW aufzeigen möchte.



zum Beispiel immer wieder, dass Leute sagen: „Ableismus kenne ich gar nicht.“ Ich glaube, dass es hier eine bessere Aufklärung geben muss - auch bei Jurist:innen und Polizist:innen. Es ist wichtig, dass sie einen Fall ganzheitlich betrachten und alle Faktoren sehen, die zu dieser Diskriminierung oder Gewalt geführt haben. Also gerade, wenn man sich die Fälle von vor ein paar Jahren - 2021 - Ermordung von Menschen mit Behinderung in einem Pflegeheim in Oberlinhaus oder dem rassistischen Anschlag auf neun Menschen mit Migrationshintergrund in Hanau im Februar 2020 - anschaut. Hier ist es unerlässlich, dass aus Fehlern gelernt wird, präventive Maßnahmen getroffen werden und wir nicht vergessen.

*Du sprachst gerade schon teils über politische Maßnahmen und Programme, die eben genau darauf zielen Menschen vor Diskriminierung und Gewalt zu schützen - das steht ja auch in den UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) wie auch im Grundgesetz und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Fallen dir da noch weitere Punkte ein - gerade aus deiner intersektionalen Perspektive -, um im Sinne einer inklusiveren Gesellschaft zum Beispiel Frauen of Color, mit Migrationsgeschichte und Menschen mit Behinderung gezielt und bewusst zu schützen und die Teilhabe aller noch besser zu gewährleisten?*

Also ich denke dabei vor allem an die Vereine, die sich für Menschen mit

Behinderung und marginalisierte Gruppen einsetzen. Meine Bachelorarbeit ging auch über die UN-Behindertenrechtskonvention, die hast du ja auch erwähnt. Also ich finde, nach 16 Jahren ist die UN-BRK immer noch so ein bisschen eine Utopie in Deutschland - in vielerlei Hinsicht. Gerade die UN-BRK muss viel mehr ernst genommen werden. Es gibt zwar die Aktionspläne, aber noch sind wir sehr weit entfernt von einer wirklichen Umsetzung der Konvention.

Und ja, es gibt jetzt das neue Barrierefreiheitsstärkungsgesetz. Das ist schon mal ein großer Schritt. Aber das Gesetz bezieht sich vor allem auf die Barrierefreiheit online, also nur auf Dokumente für Menschen mit Sehbehinderung. Aber was mich zum Beispiel bei den Reden von Bundeskanzler Merz schockiert hat, ist, dass er die Eingliederungshilfe kürzen möchte. Das ist, ganz ehrlich, schon ein No-Go! Wenn hier Gelder gekürzt werden, dann betrifft das zum Beispiel viele Menschen in Werkstätten, also die dort beschäftigt sind, oder Menschen, die im betreuten Wohnen leben, aber auch Menschen, die persönliche Assistenz beziehen.

In Bezug auf das Thema Gewalt muss man leider sagen, dass viele Menschen mit Behinderung auch von Gewalt betroffen sind, also körperliche Gewalt bei Männern und bei Frauen viel sexualisierte Gewalt. Und dann ist eine Kürzung hier schon sehr krass!

Und ich finde, dass es vielmehr darum gehen muss, dass die Arbeit von Werkstätten und Betreuungsformen besser überwacht werden muss. Also es braucht besseres Controlling dort. Es geht ja nicht darum, die Arbeit zu kritisieren, sondern zu schauen, was da wirklich passiert. Da ist wichtig, damit sich diese Missbrauchsfälle und die Gewalttaten, die passiert sind, nicht wiederholen und Menschen besser geschützt sind.

Aber es gibt ja auch viele Vereine, zum Beispiel Kombabb-Kompetenzzentrum[4]. Das ist eine Beratungsstelle in Bonn, die Menschen mit Behinderung im Studium und Beruf fördern. Ich habe letzts auf deren Seite geschaut, weil ich selbst Beratung zu diesem Thema haben wollte, und dann habe ich gelesen, dass sie keine Beratung mehr anbieten, weil sie keine Fördermittel mehr bekommen. Und das zeigt: Es wird an falschen Stellen gekürzt! Und deshalb ist es so wichtig, dass die Politik besser schaut, was es wirklich braucht. Wie ich eben schon gesagt habe, gegen Diskriminierung muss auf jeden Fall mehr getan werden - vor allem im Hinblick auf Mehrfachdiskriminierung. Das betrifft zum Beispiel Menschen, die Ableismus und antimuslimischen Rassismus erfahren bzw. wenn Menschen einen Migrationshintergrund haben und gleichzeitig Antiziganismus oder anti-Schwarzen Rassismus erfahren. Diese

verschiedenen Diskriminierungsformen, die sind sehr tief verankert. Die haben so tiefe Wurzeln, dass sie immer noch verdeckt wirken. Also die Vereine, die zu diesen verschiedenen Diskriminierungsformen arbeiten, müssen besser gefördert werden. Es braucht einerseits einen besseren und besonderen Schutz vor diesen Diskriminierungen, aber auch Empowerment-Trainings für die Zielgruppen, wie zum Beispiel Selbstverteidigungskurse und Angebote, um Trauma zu bewältigen. Ich habe mein Praxissemester in einem Jugendzentrum gemacht. Da haben wir einen Selbstverteidigungskurs für junge Mädchen angeboten und der hat schon sehr viel Wirkung gehabt. Die Mädchen lernen dann: Wie kann ich mich selbst verteidigen und ich habe auch eine Stimme, egal ob das verbal oder nonverbal ist. Gerade für junge Menschen ist das wichtig, weil man erstmal überfordert ist, wenn man Gewalt erfährt. Egal, ob das Jugendzentren sind, Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung oder beispielsweise der Sozialdienst muslimischer Frauen, es braucht diese Orte und Angebote und sie müssen auch gezielt gefördert werden. Denn: Die Zahlen sind schon sehr groß, also die ableistische Gewalt oder die Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund. Und mit Blick auf die Zahlen muss man auch bedenken, dass die Dunkelziffer noch größer ist, denn nicht alle Menschen melden Vorfälle. Es ist

[4] Kombabb-Kompetenzzentrum war eine seit 2008 bis zum 30. Juni 2025 in Bonn ansässige und landesweit tätige hochschulunabhängige Anlaufstelle, die gezielt an (künftige) Studierende mit (nicht-)sichtbaren Behinderungen oder chronischen Erkrankungen richtete und besonders in den Übergangsphasen zwischen Schule und Studium Ratsuchende mit umfassender Expertise unterstützte. Kombabb-Kompetenzzentrum wurde vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Rahmen projektbezogener Förderungen finanziert. Aufgrund aktueller Haushaltskürzungen stellt das Ministerium jedoch die Förderung ein. (MEDAR steht für Melde- und Dokumentationsstelle für antimuslimischen Rassismus und ist ein Projekt, welches antimuslimischen Rassismus in NRW aufzeigen möchte.)



wichtig, finde ich, dass diesen Menschen Mut gemacht wird. Das heißt, dass die Menschen wissen, wenn du Gewalt erfährst, egal ob das verbal ist oder eine körperliche Gewalt, dann kannst du das bei den Stellen melden und dann gibt es Beratungs- und Anlaufstellen, die dich unterstützen.

Was ich noch zur Barrierefreiheit ergänzen will, ist, dass diese baulichen Barrieren auch noch ernster genommen werden müssen. Denn: Behinderung trifft uns irgendwann alle bzw. kann uns alle treffen! Das wird deutlich, wenn man bedenkt, dass nur 3% der Menschen mit einer Behinderung auf die Welt kommen und die anderen Menschen eine Behinderung erst im Laufe des Lebens bekommen. So war es auch bei mir. Also die meisten Behinderungen kommen ja im Laufe des Lebens und deshalb ist das ein Thema, was uns alle betrifft und nicht nur Menschen, die gerade in diesem Moment eine Behinderung haben.

Mir ist es auch sehr wichtig, dass ein umfassendes Mehrfachdiskriminierungsgesetz eingeführt wird, das die Kombination verschiedener Diskriminierungsformen ausdrücklich regelt. In der juristischen Praxis wird das häufig kritisiert, weil das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zwar Mehrfachgründe anerkennt, aber die Praxis zeigt, dass die Beweisführung und Entschädigung oft nicht ausreichend auf diese Konstellationen zugeschnitten sind. Deshalb braucht es ein umfassendes Mehrfachdiskriminierungsgesetz.

*Du bist ja selbst Sozialarbeiterin, Arwa. Was könnte oder sollte deiner Meinung nach die Rolle und Aufgabe Sozialer Arbeit sein, um den Blick auf Mehrfachdiskriminierung zu schärfen und die Rechte auf Gleichbehandlung und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen unserer Gesellschaft zu stärken?*

Ich finde es wichtig, dass das Thema Mehrfachdiskriminierung zum festen Bestandteil des Lehrplans im Studium der Sozialen Arbeit wird. Ich habe das Thema Mehrfachdiskriminierung überwiegend nur in Seminaren erlebt. Darüber hinaus ist unsere Stimme von der Sozialen Arbeit der Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH). Dieser ist deutschlandweit vertreten und ist sozusagen auch die Stimme in der Politik. Ich finde es daher sehr wichtig, dass der DBSH das Thema Mehrfachdiskriminierung noch ernster nimmt. Denn Soziale Arbeit ist ein diverser Studiengang und wir hatten zum Beispiel schon viele Studierende mit Behinderung, aber auch mit Migrationsgeschichte. Ich war jetzt in in meinem Jahrgang nicht die einzige. Deshalb finde ich es notwendig, dass der DBSH die Fachkräfte mit Behinderung, wie auch Fachkräfte, die selbst aus einer marginalisierten Gruppe kommen oder Fachkräfte, die zum Beispiel eine psychische Behinderung haben, besser im Berufsfeld unterstützt. Ich wollte zum Beispiel letztens an einer Veranstaltung des DBSH teilnehmen, aber es hat nicht geklappt, weil die Veranstaltung nicht barrierefrei war. Und daran darf es nicht scheitern - tut es aber.

Ich denke aber auch, dass es ein größeres Bewusstsein und eine stärkere Sensibilität für Mehrfachdiskriminierungen im Beruf braucht, denn die Tätigkeiten der Sozialen Arbeit sind sehr vielfältig. Ich finde es deshalb sehr wichtig, dass sowohl Fachkräfte mit Diskriminierungserfahrung besser unterstützt werden, als auch dass mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für schon berufstätige Sozialarbeiter:innen angeboten werden. Ich denke dabei auch an große Behörden, wie das Jugendamt. Aber es braucht insgesamt auch mehr Schutzräume, SafeSpaces in den Vereinen und Einrichtungen der Sozialen Arbeit.

*Welche Möglichkeiten siehst du für dich persönlich als Sozialarbeiterin, um für Gleichbehandlung, für den Schutz vor Diskriminierung und auch vor Gewalt zu kämpfen?*

Ich denke, dass ich aufgrund meiner eigenen Erfahrungen, meiner intersektionalen Perspektive und auch aufgrund des Fachwissens und des Know-hows schon viele Erfahrungen und Kenntnisse für verschiedenen Arbeitsfelder mitbringe. Und auch ich selbst wurde ja schon früh in meinem Leben viel von Sozialarbeiter:innen bei Behörden gängen unterstützt und denke deshalb, dass ich auch diese Kenntnisse gut einbringen kann. Ich bringe schon das Wissen mit, was es braucht, um die Menschen ganzheitlich und gezielt zu unterstützen sowie ihnen auf Augenhöhe zu begegnen. Wichtig ist mir auch, dass

ich mich informiere, wo kann ich mitwirken, wo kann ich aktiv sein und meine Stimme nutzen. Und ich sehe für mich die Möglichkeit, dass ich anderen Menschen gut zuhören, für sie da sein und ihnen mein Wissen wie auch meine Erfahrungen weitergeben kann. Gerade in meiner Umgebung kenne ich schon viele Anlaufstellen, egal ob das in Richtung Beratung geht oder es Antidiskriminierungsstellen sind.

*Da du von deiner Arbeit sprichst und den Möglichkeiten, wie du dich einbringen kannst: Was macht dir an der Sozialen Arbeit besonders viel Freude und was stärkt dich trotz dieser vielfältigen Diskriminierung und Barrieren in deinem Alltag?*

Mir macht es Spaß, dass ich mich für Menschen einsetze, für sie eine Stimme sein kann und sie in ihrer Situation unterstütze. Denn in der oder einer ähnlichen Situationen war ich auch vor ein paar Jahren und damals wusste ich gar nicht, was ich bzw. wo ich mir meine Rechte holen kann. Also wenn ich merke, in meiner Arbeit kann ich etwas bewirken, dann macht mir das Spaß. Und was mir auch sonst Spaß macht: der Austausch, Menschen kennenlernen, in Kontakt treten. Es macht mir Freude zu sehen, wenn ich Mitstreiter:innen sehe, also gerade vor allem Menschen ohne Behinderung, die sich für das Thema einsetzen. Denn, ich habe mal nachgeschaut: alle 90 Sekunden wird ein Mensch weltweit querschnittsgelähmt. Also, sowas kann sehr schnell gehen. Und

neben Querschnittslähmung gibt es auch andere Erkrankungen, wie Schlaganfall oder MS, die uns alle treffen können. Deshalb gehen uns Behinderungen alle an!

Was mich auf jeden Fall stärkt, ist zunächst meine Familie. Ich bin dankbar, dass ich eine Familie habe, die mich tagtäglich in allem unterstützt. Das ist sehr schön! Dann stärkt mich auch mein Glaube. Ich hab einen festen Glauben und der unterstützt mich weiterzumachen und auch einen Willen zu entwickeln. Klar, ist es dann trotzdem auch manchmal zu viel und frustrierend für mich. Dann ziehe ich mich zurück. Ich gehe dann an die frische Luft, gehe an den Rhein und höre ein bisschen Musik oder ich lenke mich ab, mit einem Film oder was auch immer. Das stärkt mich auch.

*Danke dir, Arwa, dass du das so mit uns hier teilst. Hast du zum Schluss noch einen Gedanken, eine Anregung, eine Forderung einen Wunsch oder ähnliches, den du unseren Leser\*innen mitgeben möchtest?*

Ja, ich finde es wichtig zu verstehen, dass sich an diesen Strukturen nicht viel ändern wird, solange wir still bleiben und Diskriminierung und Ableismus über uns

ergehen lassen. Es kann sogar sein, dass es sich verschlimmert. Deshalb wünsche ich mir auf jeden Fall, dass Menschen, die Mehrfachdiskriminierung erfahren, sichtbarer werden. Und wenn Menschen Diskriminierung erfahren, dann wünsche ich mir, dass sie sich für sich einsetzen und dass wir vor allem mehr Mitstreiter:innen bekommen, die uns auf diesem Weg unterstützen. Zuletzt möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass wir generell nicht als „Opfer“ gesehen werden sollten. Ich möchte auch nicht immer in Kategorien gepackt werden. Also entweder du bist ein „Opfer“ oder du bist ein „Held“ und Inspiration. Ich möchte, dass wir wie jeder andere Mensch auch mit unserer jeweiligen Persönlichkeit, unseren Fähigkeiten und all unseren Facetten gesehen werden und nicht als „Sondermensch“. Nicht die Behinderung soll im Fokus stehen, sondern meine Persönlichkeit als Ganzes. Und ich glaube, dass ich nicht alleine mit dieser Meinung stehe.

*Ich danke dir vielmals für deine Zeit und dass du so persönliche Erfahrungen, Gedanken sowie deine Wünsche und Forderungen mit uns geteilt hast.*

Ja, sehr gerne. Danke für die Möglichkeit. ◀



Arwa A. ist Peer Counselor und studiert im Master "Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft" an der Universität Osnabrück. Aufgrund eines Unfalls sitzt sie seit ihrem 15. Lebensjahr im Rollstuhl. Neben ihrem Studium engagiert sie sich ehrenamtlich in zwei Vereinen. Mit ihrer Haltung und ihren Erfahrungen möchte sie zu einer inklusiven Gesellschaft beitragen, in der Menschen mit Behinderungen ernst genommen und ihre Rechte umgesetzt werden.

Regina Gahbler ist Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Opferberatung Rheinland.

# Türkischer Rechtsextremismus als rechte Gewalt: Politische Anerkennung und Konsequenzen

Beitrag von Özge Erdoğan und Gulistan Özmen-Tuncel  
Fachstelle Türkischer Rechts-extremismus

Türkischer Rechtsextremismus ist in Deutschland seit Jahrzehnten präsent, die politische und pädagogische Auseinandersetzung bleibt jedoch weitgehend unbeachtet. Organisationen wie die der „Grauen Wölfe“ verbreiten nationalistische, antisemitische und antidemokratische Ideologien, die gezielt gegen Minderheiten wie Alevit\*innen, Kurd\*innen, Griech\*innen oder Armenier\*innen gerichtet sind. Angesichts der langanhaltenden Präsenz türkischen Rechtsextremismus in Deutschland und seiner bislang mangelnden politischen und gesetzlichen Anerkennung stellt sich die Frage, welche Maßnahmen erforderlich sind, um Betroffene wirksam zu schützen und die Gewalt sichtbar zu machen.

Ziel dieses Artikels ist es, politische und gesetzliche Herausforderungen im Umgang mit türkischem Rechtsextremismus zu analysieren und praxisorientierte Maßnahmen zu benennen, die den Schutz der Betroffenen wirksam verbessern können.

## **Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland - Erscheinungsformen und Auswirkungen**

Türkischer Rechtsextremismus ist eine politisch und gesellschaftlich relevante Form rechtsradikaler Ideologie, die innerhalb der türkischstämmigen

Communities in Deutschland und Europa seit Jahrzehnten präsent ist. Er manifestiert sich vor allem in der so genannten „Ülkücü“-Bewegung, besser bekannt als „Graue Wölfe“, einer ultranationalistischen und rassistischen Gruppierung, die etwa 12.000 Anhänger\*innen in Deutschland zählt (Bozay & Mangitay, 2024; Verfassungsschutz, 2023).

Die Ideologie der Grauen Wölfe basiert auf einem übersteigerten türkischen Nationalismus und Turanismus, der die Schaffung eines großtürkischen Reichs anstrebt. Dabei richten sich die Ideologie und Aktionen nicht nur gegen ethnische und religiöse Minderheiten wie Kurd\*innen, Alevit\*innen, Griech\*innen, Jüd\*innen oder politische Gegnerinnen, sondern auch gegen gesellschaftliche Gruppen, die als nicht ‚türkisch‘ oder ‚fremd‘ angesehen werden (Bozay & Mangitay, 2024; Bozay & Çiçek, 2023).

Rechtsextremistische Mobilisierung erfolgt nicht nur durch traditionelle Vereinsstrukturen und politische Netzwerke, sondern zunehmend auch durch digitale Medien, Musik und soziale Netzwerke, die insbesondere junge Menschen ansprechen und radikalisieren (Bozay & Mangitay, 2024). Die transnationale Vernetzung dieser

Gruppen zeigt sich unter anderem in ihrer engen Verbindung zu religiösen Institutionen in Deutschland wie der DİTİB. Diese Verflechtungen werden ambivalent bewertet, da die DİTİB einerseits gesellschaftliche Integration ermöglicht, andererseits aber auch als politischer Akteur fungiert, der nationalistisches Gedankengut verbreiten und damit rechtsextremen Strömungen eine institutionelle Plattform bieten kann (Bozay & Çiçek, 2023).

Die Auswirkungen des türkischen Rechtsextremismus auf Betroffene sind gravierend: Sie reichen von sozialer Ausgrenzung und Bedrohung bis hin zu physischer Gewalt. Betroffene Minderheiten sehen sich oft einer doppelten Marginalisierung ausgesetzt – innerhalb der Mehrheitsgesellschaft und innerhalb ihrer sogenannten migrantischen Communities. Diese Unsichtbarkeit erschwert den Zugang zu Schutz- und Beratungsangeboten und fördert eine politische und gesellschaftliche Vernachlässigung des Problems (Bozay & Mangitay, 2024; Amadeu Antonio Stiftung & Kurd-Akad, 2024).

In diesem Kontext stellt sich die dringende Frage, wie politische Anerkennung, gesetzliche Maßnahmen und gesellschaftliches Engagement den Schutz der Betroffenen verbessern und der weiteren Ausbreitung türkischen Rechtsextremismus wirksam entgegenwirken können.

## **Anerkennung Türkischer Rechts-extremismus**

Die Stärkung der Rechte von Betroffenen rechter Gewalt setzt eine konsequente politische Auseinandersetzung mit allen Erscheinungsformen rechter Ideologie voraus – einschließlich jener Varianten, die nicht dem klassischen Bild des deutschen Rechtsextremismus entsprechen. Dennoch wird türkischer Rechtsextremismus (TRex) in politischen Debatten und Gesetzgebungsprozessen bisher weitgehend vernachlässigt. Diese Vernachlässigung hat konkrete negative Auswirkungen auf den Schutz Betroffener, die Strafverfolgung der Täter\*innen und die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich mit dem Phänomen befassen.

Eine systematische Bekämpfung von TRex setzt voraus, dass diese Form rechter Gewalt politisch und rechtlich anerkannt wird. Im Bundestagsbeschluss 19/24388 aus dem Jahr 2020 wurde türkischer Rechtsextremismus erstmals als ernstzunehmende Bedrohung anerkannt. Der Beschluss fordert die konsequente Nutzung aller rechtlichen Mittel zur Bekämpfung der Ülkücü-Bewegung („Graue Wölfe“) und unterstreicht zugleich die Notwendigkeit, die Stärkung und den Schutz betroffener Gruppen voranzutreiben. Diese politische Anerkennung ist eine fundamentale Voraussetzung, um Schutzlücken zu schließen, die Sensibilisierung von Behörden und



Gesellschaft zu erhöhen sowie Förderprogramme und Präventionsmaßnahmen gezielt auszubauen. Ohne klare politische Verortung bleibt der Schutz der Betroffenen gefährdet und die Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen eingeschränkt (Deutscher Bundestag, 2020).

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist es unabdingbar, Forschung, Gesetzgebung und politische Praxis so weiterzuentwickeln, dass Forderungen nach Anerkennung, gesetzlichen Schutzmechanismen, vertiefter Forschung sowie der systematischen Einbindung von Betroffenenperspektiven stringent umgesetzt werden (Amadeu Antonio Stiftung & Kurd-Akad, 2024).

Eine fehlende institutionelle und gesetzliche Anerkennung türkischen Rechtsextremismus' führt hingegen zu erheblichen Schutzlücken, da TRex weiterhin politisch marginalisiert wird und in gesetzlichen Rahmenwerken nicht ausdrücklich erfasst ist.

Darüber hinaus spiegelt sich diese Marginalisierung in der mangelnden Berücksichtigung des Phänomens türkischen Rechtsextremismus in politischen Debatten und Förderpolitiken wider, wodurch dringend benötigte Präventions- und Beratungsangebote oftmals unterfinanziert bleiben oder ganz ausbleiben. Die fehlende Anerkennung verstärkt somit

die Unsichtbarkeit des Problems innerhalb staatlicher Behörden und gesellschaftlicher Institutionen, erschwert die Entwicklung gezielter Schutzmaßnahmen und schwächt die Sichtbarkeit sowie die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure, die Betroffene unterstützen (Bozay, 2024; Amadeu Antonio Stiftung & Kurd-Akad, 2024).

Infolgedessen wird der türkische Rechtsextremismus trotz seiner weitreichenden Präsenz und Gefährlichkeit häufig nicht mit der nötigen politischen Dringlichkeit adressiert. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass sich rechtsextreme Strukturen weiter festigen und ausweiten können. Die fehlende politische und rechtliche Anerkennung stellt daher einen der Hauptgründe dar, warum eine effektive Bekämpfung von TRex bislang erschwert wird.

### **Schutzmechanismen und Sicherheit**

Die Stärkung der Rechte von Betroffenen rechter Gewalt setzt eine umfassende politische Auseinandersetzung mit allen Erscheinungsformen rechter Ideologie voraus. Die politische Ignoranz gegenüber Türkischer Rechtsextremismus führt zu strukturellen Defiziten beim Schutz von Betroffenen und der Strafverfolgung von Täter\*innen, und der Förderung von engagierten Initiativen. Wir möchten daher auch Forderungen nach Anerkennung, gesetzlichen Schutz-



mechanismen, Forschung und Einbindung von Betroffenenperspektiven thematisieren (Erdoğan & Geffken, 2025).

Diese Anerkennung spiegelt sich auch auf struktureller Ebene wider: Solange TRex nicht systematisch als Form rechter Gewalt anerkannt wird, bleiben Schutzmaßnahmen für Betroffene unzureichend. Der Ausbau diskriminierungssensibler Schutzstrukturen muss daher als zentrales Element jeder Strategie gegen TRex verstanden werden. Es braucht niedrigschwellige, lokal verankerte Anlaufstellen für Betroffene, zum Beispiel im Rahmen kommunaler Opferberatungen oder Antidiskriminierungsstellen, die explizit für die Gewalt aus dem türkisch-rechtsextremen Spektrum sensibilisiert sind. Sicherheitsbehörden müssen zudem in der Lage sein, entsprechende Gefahrenlagen zu erkennen, ernst zu nehmen und konsequent zu verfolgen. Dies setzt voraus, dass TRex auch juristisch als Bedrohung im Bereich der rechten Gewalt eingeordnet wird, nicht als innermigrantischer Konflikt, sondern als antidemokratische Ideologie. Dabei muss es über die Anerkennung des Bundestages von 2020 hinausgehen und konkreter werden.

Diese politische Anerkennung ist nicht nur symbolisch relevant, sondern hat konkrete Folgen für Sichtbarkeit, Forschung und Handlungsmöglichkeiten: Nur was bekannt und eingeordnet wird,

kann auch statistisch erfasst, systematisch untersucht und gezielt bearbeitet werden. Aktuell fehlt es an zugänglichen langfristig angelegten Monitoringprozessen, belastbaren Daten sowie fundierter wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit den Strukturen, Wirkmechanismen und Betroffenheiten türkischer Rechtsextremismen. Die Forschungslage verbessert sich, ist aber noch fragmentiert und zivilgesellschaftliche Erkenntnisse beruhen oft auf befristeten Projekten oder rein ehrenamtlicher Arbeit von Betroffenen. Das Problem gibt es schon lange in Deutschland und die zunehmende Dynamik zeigt, dass dieser Mangel in einem deutlichen Missverhältnis zur gesellschaftlichen Relevanz steht.

### **Transnationale Perspektiven**

Ein weiterer Aspekt bleibt bislang oft unbeachtet: die transnationale Dimension. TRex ist kein rein türkisches oder innerdeutsches Phänomen, sondern stark beeinflusst durch globale Informationsnetzwerke, Diaspora-Strukturen und politische Dynamiken in der Türkei. Über religiöse und kulturelle Organisationen, digitale Medien oder parteipolitisch motivierte Auslandsorganisationen und -vertretungen werden Ideologien verbreitet die sich gezielt an türkeistämmige Communities richten. Ohne ein transnationales Verständnis bleiben diese Mobilisierungsstrategien analytisch nicht sichtbar und politisch schwer greifbar. Forschung und Monitoring müssen

deshalb auch auf internationaler Ebene vernetzt und gefördert werden, um die ideologischen Transfers besser zu verstehen und Handlungsoptionen zu entwickeln (Erdoğan & Geffken, 2025).

Langfristig geht es nicht nur um besseren Schutz und gezielte Forschung, sondern auch um eine klare demokratiepolitische Haltung: türkischer Rechtsextremismus darf nicht länger ungesehen bleiben in der Bekämpfung und Prävention rechter Gewalt. Wer sich für eine wehrhafte Demokratie einsetzt, muss alle Erscheinungsformen adressieren, die sich nicht in den Symbolen des klassischen deutschen Rechtsextremismus äußern, aber denselben antidemokratischen Kern tragen.

### **Einbindung Betroffener in politische Prozesse und MSO als wichtige Ressource**

Betroffene von türkischem Rechtsextremismus sind Expert\*innen ihrer eigenen Erfahrungen und müssen systematisch in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Ihre Partizipation ist grundlegend, um bedarfsgerechte Schutz- und Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, die auf realen Bedürfnissen basieren und somit wirksam sind.

Ein geeignetes theoretisches Modell für diese Einbindung bietet das Stufenmodell der Partizipation von Roger Hart (1992). Es gliedert Beteiligung in neun Stufen, die von

Nichtbeteiligung bis zu voller Selbstbestimmung reichen und somit unterschiedliche Qualitätsgrade der Partizipation aufzeigen:

- Manipulation und Dekoration (Stufen 1 und 2) sind Formen der Nicht-Partizipation, bei denen Betroffene zwar scheinbar beteiligt scheinen, tatsächlich jedoch keine wirkliche Mitbestimmung besitzen.
- Die Alibi-Teilnahme (Stufe 3) bietet Präsenz, jedoch keine ernsthafte Einflussmöglichkeit.
- Bei den Stufen 4 und 5 werden Betroffene informiert und konsultiert – ein erster Schritt aktiver Beteiligung.
- Mitwirkung und Mitbestimmung (Stufen 6 und 7) erlauben es, aktiv Entscheidungen zu teilen und mitzugestalten.
- Selbstbestimmung und Selbstverwaltung (Stufen 8 und 9) bedeuten schließlich, dass Betroffene eigeninitiativ handeln und Projekte selbst verwalten.

Um Betroffenen aus migrantischen Communities eine wirkliche Einbindung in Schutz- und Präventionsmaßnahmen gegen türkischen Rechtsextremismus zu ermöglichen, ist es wesentlich, die Beteiligung mindestens auf den Stufen der Mitbestimmung und Selbstbestimmung anzusiedeln. Nur so fließen Erfahrungen und Bedürfnisse authentisch und wirksam in die Prozesse ein.

Dabei können die „Allgemeinen Quali-

tätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung“ vom BMBFSFJ und DBJR, wertvolle Orientierung bieten, um Beteiligungsprozesse qualitativ hochwertig und wirkungsvoll zu gestalten. Diese Standards betonen, dass Partizipation verschiedene Formen annehmen kann und sollte, von der Informationsweitergabe über Mitwirkung bis zur Mitbestimmung und Selbstorganisation. Ebenso wichtig sind förderliche Rahmenbedingungen, Transparenz, kontinuierliche Evaluation sowie die Berücksichtigung der spezifischen Lebenswelten und Bedürfnisse der Beteiligten (BMBFSFJ & DBJR, 2023).

Sogenannte Migranten-Selbstorganisationen (MSO) und Migranten-Jugend-Selbstorganisationen (MJSO) spielen in diesem Kontext eine Schlüsselrolle: Sie leisten durch ihr Vertrauen in der Community sowie ihr kulturelles Wissen und ihre Sensibilität eine wichtige Aufklärungs-, Beratungs- und Präventionsarbeit. Ihre Potenziale als Brückenbauer\*innen zwischen Betroffenen und Fachinstitutionen müssen besser genutzt und gestärkt werden. Ein partizipativer Ansatz, der MSO und MJSO nicht nur einbezieht, sondern als legitime Gestalter\*innen anerkennt, ist zentral für wirksame Schutz- und Präventionsmaßnahmen.

Ali Şirin unterstreicht in einem Interview mit der Mobilen Beratung NRW die Bedeutung eines auf Augenhöhe geführten Dialogs mit postmigrantischer

Zivilgesellschaft und Özge Erdoğan betont treffend: „Es braucht Zusammenarbeit auf Augenhöhe.“ (Mobile Beratung NRW, 2024).

Ein praktisches Beispiel verdeutlicht die Bedeutung tiefer Beteiligung: Die rechtsextreme Bewegung der „Grauen Wölfe“ ist in vielfältigen Organisationen und Vereinen innerhalb türkischstämmiger Communities in Deutschland aktiv. Diese Gruppen nutzen große soziale und kulturelle Netzwerke gezielt zur Verbreitung rechtsextremer Ideologien. Dabei betreiben sie Indoktrination, gerade bei Jugendlichen und Kindern (Verfassungsschutz, 2023; ARD-Story, 2025).

Um dem entgegenzuwirken, müssen MSO und MJSO in ihrer Expertise und ihrem Community-Wissen gestärkt und systematisch in die Entwicklung von Schutz- und Präventionskonzepten eingebunden werden. Das bedeutet, sie nicht nur zu konsultieren, sondern sie aktiv in Entscheidungsprozesse einzu-beziehen und ihnen Gestaltungsspielräume einzuräumen, was dem Stufenmodell von Roger Hart auf den Ebenen Mitbestimmung und Selbstbestimmung entspricht. So können Betroffene selbst mitbestimmen, wie Präventionsprojekte aussehen und umgesetzt werden, was das Vertrauen und die Wirksamkeit der Maßnahmen deutlich erhöht.

Damit diese Einbindung jedoch nicht auf symbolischer Ebene verbleibt, sondern

strukturell verankert werden kann, braucht es eine nachhaltige und angemessene finanzielle Ausstattung von MSO und MJSO. Viele dieser Organisationen übernehmen neben ihrer regulären Vereinsarbeit zusätzliche Aufgaben im Bereich Beratung, Aufklärung und Prävention, häufig ehrenamtlich oder mit stark begrenzten Ressourcen. Sie füllen damit Lücken, die staatliche Institutionen bislang nicht ausreichend schließen. Gerade im Kontext türkischrechtsextremer Gewalt leisten sie eine unverzichtbare Arbeit: Sie begleiten Betroffene, bieten niedrigschwellige Ansprechstellen, klären innerhalb der Community auf und tragen zur politischen Sensibilisierung bei. Demokratieförderung gehört dabei explizit zur Präventionsarbeit (Erdoğan & Geffken, 2025). In diesem Rahmen entwickeln Organisationen auch Empowermentangebote für Jugendliche und schaffen Räume, in denen junge Menschen resilient gegenüber extremistischen Ansprachen werden können, etwa durch kultursensible Bildungsformate, Peer-to-Peer-Ansätze oder politische Beteiligungsprojekte. Diese erweiterten Verantwortlichkeiten erfordern personelle, finanzielle und strukturelle Unterstützung, damit MSO und MJSO nicht überfordert werden oder ihre Arbeit auf Kosten eigener Sicherheit und Stabilität leisten müssen. Eine bedarfsgerechte, mehrjährige Förderung ist daher zentral, um ihre Rolle als tragende Säule in der Bekämpfung von türkischem Rechtsextremismus langfristig zu sichern.

## Fazit

Türkischer Rechtsextremismus ist keine Randerscheinung, sondern eine reale, oft unterschätzte Bedrohung für zahlreiche Betroffene. Eine wirksame Bekämpfung erfordert die politische und rechtliche Anerkennung dieser Ideologie als rechte Gewalt, mit allen Konsequenzen für Strafverfolgung, Prävention, Forschung und Förderung. Schutzstrukturen müssen ausgebaut, zivilgesellschaftliche Akteur\*innen gestärkt und Betroffene systematisch einbezogen werden. Nur wenn alle Erscheinungsformen rechter Gewalt benannt, auch jene jenseits des dominanten Diskurses, benannt, verstanden und bekämpft werden, kann der Anspruch auf eine solidarische, inklusive und wehrhafte Demokratie eingelöst werden. ◀

## Literaturverzeichnis

- Amadeu Antonio Stiftung & Kurd-Akad Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V. (2024). Doppelt unsichtbar. Innermigrantischer Rassismus in Deutschland und die organisierte türkische Rechte.
- ARD-Story (2025). „Im Visier der Grauen Wölfe - Wie türkische Rechtsextremisten die deutsche Gesellschaft unterwandern“. [www.ardmediathek.de/video/story/im-visier-der-grauen-woelfe/hr/MGM3YzJiOTktMmRmNiOOMWRkLTkxNzEtNTExNDY4OGJhNjJh](http://www.ardmediathek.de/video/story/im-visier-der-grauen-woelfe/hr/MGM3YzJiOTktMmRmNiOOMWRkLTkxNzEtNTExNDY4OGJhNjJh) (Stand 02.09.2025)
- Bozay, K. (2024). Graue Wölfe - eine der größten rechtsextremen Organisationen in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. [www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-eine-der-groessten-rechtsextremen-organisationen-in-deutschland](http://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-eine-der-groessten-rechtsextremen-organisationen-in-deutschland) (Stand 02.09.2025)
- Bozay, K. & Mangitay, O. (2024). »Ich bin stolz Türke zu sein«. Graue Wölfe und türkischer (Rechts-)Nationalismus in Deutschland. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW.
- Bozay, K. & Çiçek, H.I. (2023). Die DİTİB in Deutschland. Studie im Auftrag des American Jewish Committee Berlin Ramer Institute (AJC).
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2023). Türkischer Rechtsextremismus - Die „Grauen Wölfe“ in Deutschland.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) / Deutscher Bundesjugendring (DBJR) (2023). Mitwirkung mit Wirkung - Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung.
- Deutscher Bundestag (2020). Nationalismus und Rassismus die Stirn bieten - Einfluss der Ülkücü-Bewegung zurückdrängen. BT-Drucksache 19/24388, 18.11.2020.
- Erdoğan, Ö. & Geffken, L. (2025). Die Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe). Rechtsextremismus im transnationalen Kontext und seine Implikationen für Demokratieförderung und Sicherheit in Deutschland. psychosozial 48. Jg., Nr. 181, Heft III
- Liberties.eu (2023). Was ist Marginalisierung? Definition und Lösungsstrategien. [online] Verfügbar unter [www.liberties.eu/de/stories/wa-ist-marginalisierung-definition-und-loesungsstrategien/43767](http://www.liberties.eu/de/stories/wa-ist-marginalisierung-definition-und-loesungsstrategien/43767) (Stand 29.08.2025).
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein Westfalen (2024).
- Interview mit Ali Şirin und Özge Erdoğan. „Auf (post)migrantische Gesellschaft zugehen“ und „Es braucht Zusammenarbeit auf Augenhöhe.“ In Seit 15 Jahren unterwegs. 2008-2023 Perspektiven auf Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW.



Die Fachstelle Türkischer Rechtsextremismus widmet sich der Analyse, Aufklärung und Bekämpfung von türkischem Rechtsextremismus in Deutschland. Sie versteht sich als Anlaufstelle für Betroffene, Beratende und Fachkräfte, die mit den Auswirkungen von nationalistisch, rassistisch oder religiös begründetem Extremismus aus türkischen Kontexten konfrontiert sind. Dabei stehen insbesondere die Erfahrungen von Alevit\*innen, Kurd\*innen, Armenier\*innen, Pontos-Griech\*innen, Asyrer\*-innen und jüdischen Menschen im Fokus – Gruppen, die häufig mehrfach diskriminiert und in öffentlichen Diskursen unsichtbar gemacht werden.

Die Fachstelle arbeitet intersektional, empowernd und betroffenenorientiert. Sie bietet Fortbildungen, Workshops und Materialien zur Sensibilisierung und Professionalisierung von Fachkräften an und fördert den Austausch zwischen Betroffenen und Beratenden.

Ziel ist es, Räume zu schaffen, in denen Erfahrungen ernst genommen, Strategien entwickelt und solidarische Netzwerke gestärkt werden können.



Gulistan Özmen-Tuncel ist Fachreferentin bei der Fachstelle Türkischer Rechtsextremismus und langjährig als Bildungsreferentin beim BDAJ tätig, mit dem Schwerpunkt Anti-Alevitischen Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.



Özge Erdoğan ist Leiterin der Fachstelle Türkischer Rechtsextremismus im Bund der Alevitischen Jugendlichen Deutschland, wo sie zuvor als Bildungsreferentin und im ehrenamtlichen Vorstand tätig war.

# Rassistische Angriffe in Deutschland: Eine vom Staat gedeckte Form der Bekämpfung des ‚Anderen‘

Orhan Çalışır



Foto: Orhan Çalışır

Kundgebung zum 20. Jahrestag des Anschlags von Mölln am 17.11.2012. Bei der Gedenkkundgebung wurde an den rassistischen Brandanschlag von Mölln im November 1992, bei dem drei Frauen der Familie Arslan ums Leben kamen, erinnert: die 10-jährige Yeliz Arslan, ihre 14-jährige Cousine Ayşe Yılmaz und ihre 51-jährige Großmutter Bahide Arslan. Weitere Familienmitglieder wurden teils schwer verletzt. Überlebende, Freund\*innen und solidarische Verbündete setzen sich aktiv für die Erinnerung ein und kämpfen gegen das Vergessen.

Von Mitte der 1980er Jahre bis heute gab es bundesweit tausende rassistische Anschläge, vor allem auf türkische Häuser und Geschäfte, von denen nur ein Bruchteil bekannt wurde – meist jene, bei denen Menschen ums Leben kamen.

Bis zur sogenannten Selbstenttarnung des NSU-Kerntrios[1] – falls man es überhaupt so nennen kann – wurden diese rassistischen Anschläge vom Staat nie ernsthaft thematisiert und nicht systematisch aufgeklärt. Wenn es überhaupt zu Gerichtsprozessen nach rassistischen Anschlägen kam, erhielten die Täter\*innen meist nur geringe Strafen. So war es beim Duisburger

Brandanschlag 1984 auf das Wohnhaus der Familie Satır, bei dem von Neonazis in Hamburg ermordeten Mehmet Kaymakçı (ebenfalls 1984) und Ramazan Avcı (1985), sowie bei dem Mord an Mete Ekşi (1991) in Berlin und auch bei meinem Cousin Şahin Çalışır im Dezember 1992. Die mordenden Neonazi-Gruppen und andere Rassist\*innen verübten Anschläge und die regulären Kräfte, genauer gesagt der Staat, deckte sie.

Am 28. Oktober 1982 sagte der damals frisch gewählte deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl gegenüber seiner britischen Amtskollegin Margaret Thatcher: „Über die nächsten vier Jahre werde es notwen-

[1] Ausführliche Informationen über NSU finden Sie unter: [www.nsu-watch.info](http://www.nsu-watch.info)

[2] Dieser Terminus heißt heute Remigration und ist ein fester Bestandteil des AfD-Narrativs.

[3] [www.spiegel.de/politik/deutschland/kohl-wollte-jeden-zweiten-tuerken-in-deutschland-loswerden-a-914318.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kohl-wollte-jeden-zweiten-tuerken-in-deutschland-loswerden-a-914318.html)



dig sein, die Zahl der Türken um 50 Prozent zu reduzieren.“[2] Diese Aussage wurde Jahre später von Thatchers Privatsekretär A. J. Coles veröffentlicht, der bei dem Treffen anwesend war.[3]

Eine Diskursbildung gegen die größte Gruppe von Gastarbeiter\*innen, die Türk\*innen,[4] begann schon in den 1970er-Jahren. ‚Die wilden Streiks von 1973‘ stellten auch in der Berichtserstattung über die Gruppe ‚der Türken‘ einen Wendepunkt im deutschen Diskurs dar. ‚Die Juden‘ gab es nicht mehr, der Türke war jetzt der ‚Andere‘, gegen den gehetzt wurde.[5]

1984 und in den folgenden Jahren wurden viele Türk\*innen und Geflüchtete nicht nur von Rassist\*innen ermordet. Sie wurden auch Opfer eines politischen Selbstverständnisses jener, die diesen Staat regierten und lenkten. Während Nazi-Skins, Neonazis und andere Rassist\*innen Menschen im Schlaf verbrannten oder auf der Straße ermordeten, wussten die Täter\*innen, dass sie kaum Konsequenzen zu fürchten hatten. Denn ihre Taten wurden von einem Klima staatlicher Gleichgültigkeit – wenn nicht sogar stillschweigender Zustimmung – gedeckt.

Der bürgerliche Staat trat seinen eigenen Anspruch auf die bürgerliche Rechtsordnung mit den Füßen. Es wurden rassistische Anschläge mit vielen Toten entpolitisiert und bagatellisiert wie z.B. der Brandanschlag in Ludwigshafen im Februar 2008, bei dem neun Menschen starben. Auch damals versprach die Politik Aufklärung – doch diese blieb aus.[6]

Die Verantwortlichen im Staat hatten kein Interesse daran, Rechtsfrieden in der Gesellschaft herzustellen. Sie wollten weder die Familien und Angehörigen noch die Gesellschaft insgesamt durch



Foto: Orhan Çalışır

Schilder der Gedenkkundgebung 2012 an den rassistischen Brandanschlag in Mölln mit Bildern von Todesopfern rechte, rassistischer Gewalt – hier: Süleyman Taşköprü, Farid Guendoul, Marwa el Sherbini und Samuel Kofi Yeboah. Außerdem mit einer Abbildung von „Avni“. Die Figur „Avni“ stammt von dem verstorbenen Zeichner Oğuz Aral und ist eine sehr bekannte Cartoonfigur aus der Türkei. Sie wurde unter anderem in Kampagnen gegen die Todesstrafe verwendet.

[4] Der Autor verwendet den Begriff Türk\*in nicht ethnisch, sondern politisch. Damit sind alle Menschen gemeint, die türkeistämmig sind, aber auch andere Migrant\*innen. Nach dieser Definition ist zum Beispiel das NSU-Opfer Theodoros Boulgarides ein „Türke“, weil er als solcher ermordet wurde. Ebenso gilt das für die am 25. März 2024 in Solingen ermordete Familie Zhilov, die in den deutschen Medien nur unter den vom Todor Schiwkow-Regime vergebenen bulgarischen Namen bekannt ist: İsmayil (Vater, 29), Kıymet (Mutter, 28), Gizem (Tochter, 5) und Elis (Tochter, 3 Monate).

[5] Sehr lesenswert ist diese Studie zu der zynischen Diskursbildung bei den Behörden und Medien bezüglich der NSU-Morde: „Das Unwort erklärt die Untat“. Die Berichterstattung seitens NSU-Morde – eine Medienkritik: Virchow, Fabian/Thomas, Tanja/Grittmann, Elke: Eine Studie der Otto Brenner Stiftung. Arbeitsheft 79. Frankfurt am Main. [www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitshefte/shop/das-unwort-erklart-die-untat-ah79.html](http://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitshefte/shop/das-unwort-erklart-die-untat-ah79.html)

[6] Im der öffentlichen Diskurs redet man von einer Wohnungsbrand in Ludwigshafen: [de.wikipedia.org/wiki/Wohnhausbrand\\_in\\_Ludwigshafen\\_am\\_Rhein](https://de.wikipedia.org/wiki/Wohnhausbrand_in_Ludwigshafen_am_Rhein)



Foto: Orhan Çalışır

Schilder der Gedenkkundgebung 2012 an den rassistischen Brandanschlag in Mölln mit Demoplakaten aus dem Jahr 2012 und Bildern von Todesopfern rechte, rassistischer Gewalt in Deutschland - hier: Amadeu Antonio und Süleyman Taşköprü.

eine öffentliche Diskussion und eine gerechte Bestrafung der Täter\*innen befrieden. Dieses Selbstverständnis - dass damals die Türken, später auch die Geflüchteten die „Anderen“ waren - wurde nicht nur von der Politik, sondern auch von den Medien und großen Teilen der Gesellschaft getragen - und wird bis heute weiterhin getragen.[7]

Es gab keinen gesellschaftlichen Aufschrei in Deutschland - weder gesamtgesellschaftlich noch intellektuell. Es gab keinen Jürgen Habermas, der die „Dämonisierung der Menschen“ und die massenhaften Angriffe auf sie zum Thema machte - wie damals in den 1980er-Jahren beim Historikerstreit.

Wir haben beim sogenannten NSU-Prozess in München gesehen, wie das Gericht durch eine angebliche Neutralität und die angebliche strikte

Bindung an die Anklageschrift dafür sorgte, dass nichts aufgeklärt wurde - außer dem, was ohnehin schon bekannt war. Wir haben viel über die Hobbys und Urlaube der Hauptangeklagten erfahren, aber fast nichts, zum Beispiel über Halit Yozgat, bei dessen Ermordung ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in unmittelbarer Nähe war. Wenn er nicht der Täter war, war er zumindest Zeuge des Mordes.[8]

Gerade bei der NSU-Mordserie wurden die Opfer zu Tätern gemacht. Sie wurden jahrelang mit Verdächtigungen drangsaliert indem Überlebende, Angehörige und innerhalb der Community verdächtigt und gegen sie ermittelt wurde. Die antitürkische Diskursbildung und die zynischen Namensgebungen wie „Dönermorde“ für die Mordserie zeichneten den rassistisch geprägten Umgang der Justiz und Polizei sowie der Presse mit diesen Morden.

Angela Merkels Aussage „Wir werden die Hintermänner dieser Morde aufdecken“[9], die sie 2012 bei einer offiziellen Gedenkfeier für die Opfer des NSU machte, zeigt nur, wie groß die Manövriertfähigkeit des deutschen Staates in dieser Krisensituation ist. Die Geschichte, dass die vermeintlich einzigen beiden NSU-Mörder Selbstmord begangen hätten, ist ein Versuch, den Fall zu vertuschen. Genauso wie der Prozess in München, bei dem alle Taten

[7] Bei den Lichterketten-Aktionen nach Mölln und Solingen ging es nicht um die Opfer, sondern um das Ansehen Deutschlands. Natürlich gingen sehr viele Menschen zu diesen Demos, um ihre Trauer und Solidarität mit den Opfern zu zeigen, aber den Aufrufern für diese Aktionen ging es nicht darum.

[8] [www.spiegel.de/panorama/justiz/nsu-prozess-mord-an-halit-yozgat-raetselhafte-rolle-des-andreas-t-a-958119.html](http://www.spiegel.de/panorama/justiz/nsu-prozess-mord-an-halit-yozgat-raetselhafte-rolle-des-andreas-t-a-958119.html)

[9] [www.sueddeutsche.de/politik/merkels-gedenkrede-fuer-neonazi-opfer-im-wortlaut-die-hintergruende-der-taten-lagen-im-dunkeln-viel-zu-lange-1.1291733](http://www.sueddeutsche.de/politik/merkels-gedenkrede-fuer-neonazi-opfer-im-wortlaut-die-hintergruende-der-taten-lagen-im-dunkeln-viel-zu-lange-1.1291733)



Foto: Orhan Çalışır

Am ehemalige Wohnhaus der Familie Arslan in Mölln, bei dessen Brand in der Nacht auf den 23. November 1992 drei Familienmitglieder ums Leben kommen und weitere schwer verletzt werden, hängt heute eine Gedenktafel. Der rassistische Mordanschlag in Mölln 1992 ist einer von zahlreichen rechtsextremen und rassistisch motivierten Gewalttaten nach 1945 und vor allem der 90er Jahre in Deutschland.

auf einige Neonazis abgeschoben und die Morde verschleiert wurden.

An dieser Stelle ist es auch wichtig, einen Polizisten zu erwähnen, der seinen Job ehrlich ausüben wollte: Mario Melzer aus Erfurt. Er war vermutlich der Einzige im Staat, der seit 1998 ernsthaft gegen das NSU-Kerntrio ermittelte.[10]

Der Polizist Mario Melzer ist dafür bekannt, dass er auch vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundetages ohne Druckausübung sagte, was er weiß und denkt.[11] Auf die Frage, warum nur er trotz allem weiter an der Aufklärung der Ereignisse festhält, antwortete er: „Anders als andere habe ich nichts zu verlieren. Keine Familie,

keine Schulden und spätestens seit meiner ersten Aussage auch keine Karriere mehr.“[12]

Polizist Melzer sagte in einem Interview: Wer den offiziellen Erklärungen zum NSU glaube, glaube auch an die Zahnfee.[13] Dieser Satz bringt auch die Meinung vieler türkischer Einwanderer\*innen und Geflüchtete zum Ausdruck, dass die wahre Geschichte vom Staat, d.h. von Politik und Justiz, nicht aufgeklärt werden wird – und will.

Mario Melzer musste für seine Aufrichtigkeit teuer bezahlen. Er wurde von seinen Kollegen isoliert, unter Druck gesetzt, seine Karriere als Beamter war damit beendet. Er wurde krank und musste sich vom Leben zurückziehen. [14] Damit zeigt sich deutlich: Diejenigen, die eine ehrliche Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Angriffen und Morden wollen, werden auch dann bestraft, wenn sie dem Staatsapparat angehören.

Seit den 1980er-Jahren bis heute wurden Tausende rassistisch motivierte Anschläge verübt und Tausende Menschen auf der Straße von Rechtsextremisten und anderen Rassist\*innen angegriffen. Auch wir erinnern uns meist nur an die Anschläge mit Todesopfern. Die unzähligen anderen rassistisch motivierten

[10] [truestoryaward.org/story/94](http://truestoryaward.org/story/94) ; [www.hna.de/kassel/der-mutige-ermittler-91095463.html](http://www.hna.de/kassel/der-mutige-ermittler-91095463.html)

[11] [www.spiegel.de/panorama/justiz/thueringer-neonazi-ausschuss-kriminalbeamter-redet-klartext-a-870779.html](http://www.spiegel.de/panorama/justiz/thueringer-neonazi-ausschuss-kriminalbeamter-redet-klartext-a-870779.html) ; [dserv.bundestag.de/btd/17/CD14600/Protokolle/Protokoll-Nr%2049a.pdf](http://dserv.bundestag.de/btd/17/CD14600/Protokolle/Protokoll-Nr%2049a.pdf)

[12] [www.stern.de/politik/deutschland/zur-ard-trilogie-mitten-in-deutschland--nsu--insider-enthueilt--wie-ermittlungen-behindert-wurden-6773850.html?utm\\_source=chatgpt.com](http://www.stern.de/politik/deutschland/zur-ard-trilogie-mitten-in-deutschland--nsu--insider-enthueilt--wie-ermittlungen-behindert-wurden-6773850.html?utm_source=chatgpt.com)

[13] [www.stern.de/politik/deutschland/zur-ard-trilogie-mitten-in-deutschland--nsu--insider-enthueilt--wie-ermittlungen-behindert-wurden-6773850.html?utm\\_source=chatgpt.com](http://www.stern.de/politik/deutschland/zur-ard-trilogie-mitten-in-deutschland--nsu--insider-enthueilt--wie-ermittlungen-behindert-wurden-6773850.html?utm_source=chatgpt.com)

[14] [www.thueringer-allgemeine.de/article228864877/Polizist-echt-bei-NSU-Ermittlungen-an-und-ist-seit-Jahren-krank-geschrieben.html](http://www.thueringer-allgemeine.de/article228864877/Polizist-echt-bei-NSU-Ermittlungen-an-und-ist-seit-Jahren-krank-geschrieben.html)

Angriffe sind oft nur Zahlen - wenn sie überhaupt registriert wurden.

Die Erfahrung mit dem Staat und seinem Justizapparat zeigt uns, dass er keinen Fritz Bauer mehr hervorbringen wird - keinen Staatsanwalt, der wie in den 1960er Jahren mit großem Einsatz einige der NS-Täter vor Gericht brachte. Darum liegt es an uns, der Migrantinnen und Migranten sowie der Anti-rassistinnen und Antirassisten, die Erinnerung wachzuhalten, öffentlich zu sprechen und Rechtsfrieden einzufordern - gegen das Schweigen, das Vertuschen und das Wegsehen. ◀

Orhan Çalışır ist der Cousin von Şahin Çalışır, der am 27. Dezember 1992 auf der Autobahn 52 bei Meerbusch (NRW) von drei Neonazis aus Solingen ermordet wurde.

Der Autor arbeitete viele Jahre als freier Journalist und Dokumentarfilmer für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten. Zu seinen Filmarbeiten gehören unter anderem „Weißer Brunnen - Akkuyu“, „Torf - Wie die türkischen Gastarbeiter nach Löhne kamen“, „Heimaterde“, und „Tante Ümmü“. Mitherausgeber der Migrantenzeitung köXüz in den 1990er Jahren.

In den letzten Jahren recherchiert und arbeitet er zur Geschichte der Arbeitsmigration sowie zu den Kämpfen der Migrant\*innen in der Bundesrepublik Deutschland.

Eines seiner jüngsten Projekte ist eine Ausstellung über die „Wilden Streiks von 1973“, die überwiegend von Gastarbeiter\*innen getragen wurden.

In seiner Erwerbsarbeit ist er heute als Ausbildungsberater für junge Menschen tätig.

# Bilanz 2025: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen – Entwicklungen, Herausforderungen und Handlungsbedarf aus Sicht der Beratungsstellen

Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in NRW



## Ein Jahr unter Druck

Für die in Nordrhein-Westfalen (NRW) tätigen Beratungsstellen, die Betroffene rechter Gewalt[1], Ausstiegswillige und Engagierte gegen Rechtsextremismus unterstützen, war das Jahr 2025 ein Jahr der Verdichtung. Viele Entwicklungen, die sich bereits zuvor abgezeichnet hatten, haben sich 2025 spürbar beschleunigt: eine Normalisierung rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer wie auch queerfeindlicher Positionen in Teilen der Öffentlichkeit, eine deutliche Zunahme der Fallanfragen im Kontext rechter Gewalt und ein auffälliger Trend hin zu immer jüngeren Rechtsextremen. Die Beratungsstellen ziehen deshalb eine Bilanz, die ebenso klar wie besorgniserregend ausfällt.

Diese Jahresbilanz soll Hintergründe liefern, Zusammenhänge sichtbar machen und darlegen, warum die Beratungslandschaft in NRW vor gestiegenen Herausforderungen steht.

## 1. Normalisierung rechtsextremer Positionen: Verschobene Grenzen des Sagbaren

### 1.1 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus als alltagsnahe Präsenz

Die Beratungsstellen berichten, dass sich rechtsextreme, rassistische, antisemitische wie auch queerfeindliche Haltungen stärker in den öffentlichen Raum verlagert haben. Dies betrifft sowohl direkte Feindseligkeiten und Angriffe im Alltag als auch die Art und Weise, wie rechtsextreme Narrative im politischen Diskurs auftauchen. Die Normalisierung äußert sich besonders sichtbar durch eine flächendeckende Präsenz der AfD in NRW – etwa in kommunalen Parlamenten und Gremien, lokalpolitischen Debatten sowie im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen. Auch Bedrohungen und Angriffe aus rassistischen, antisemitischen und queerfeindlichen Motiven wie auch gegen politische Gegner\*innen sind Alltagserfahrungen für viele Menschen geworden.

Diese Präsenz wird von vielen Beratungssuchenden als belastend erlebt. Es geht dabei weniger um einzelne politische Positionen, sondern

[1] Rechte Gewalt ist ein Sammelbegriff unter dem hier und im Folgenden rechte, rassistische, antisemitische und anderen menschenfeindlich motivierte Gewalt verstanden wird.



vielmehr um ein gesellschaftliches Klima, in dem abwertende Äußerungen normaler erscheinen und in dem rassistischer, antisemitischer und rechter Hass häufiger ungefiltert zum Ausdruck kommen.

## 1.2 Verunsicherung in

### Zivilgesellschaft und Institutionen

Zivilgesellschaftliche Akteure – Vereine, Initiativen oder kirchliche Gruppen sowie Schulen, Verwaltungen und Institutionen – berichten den Beratungsstellen zunehmend von Handlungsunsicherheiten. Diese Unsicherheiten sind ein direktes Resultat aus der veränderten gesellschaftlichen Stimmung. Oft geht es um Fragen wie:

- Wie offen können wir demokratische oder menschenrechtliche Positionen vertreten?
- Wann riskieren wir Anfeindungen und Angriffe?
- Wie schützen wir Ehrenamtliche und Mitarbeitende?

Viele Akteure erleben, dass sie schneller durch rechtspopulistische oder -extreme Protagonist\*innen in politische Auseinandersetzungen hineingezogen werden, obwohl ihre Arbeit eigentlich auf Bildung, Jugendarbeit oder Integration ausgerichtet ist. Diese Unsicherheit bremst Engagement – und das in einer Zeit, in der demokratische Akteure dringend Stabilität und Rückendeckung benötigen.

## 2. Zunahme der Fallanfragen im Kontext rechter Gewalt: Ein Trend mit spürbaren Folgen

### 2.1 Mehr Betroffene, mehr Anfragen, mehr Dringlichkeit

Die Beratungsstellen verzeichnen seit 2023 nicht nur einen quantitativen Anstieg der Anfragen, sondern auch eine qualitative Verschärfung der Fälle. Bedrohungen werden expliziter, körperliche Übergriffe brutaler, digitale Angriffe koordinierter. Auch im Wahlkampf kam es zu Einschüchterungsversuchen, Bedrohungen von Kandidierenden und Gewalttaten.

Diese Entwicklungen führen zu einer gestiegenen Zahl von Menschen, die professionelle Hilfe benötigen – oft zeitnah, oft langfristig. Für Beratungsstellen bedeutet dies: Sie müssen schneller reagieren, häufiger vor Ort sein und Sicherheitserwägungen einbeziehen.

### 2.2 Kommunalwahlkampf als Katalysator für zunehmende Gewalt

Der Wahlkampf in NRW war 2025 ein besonderer Brennpunkt. Die Beratungsstellen berichten von Bedrohungen und Übergriffen rund um Wahlstände, politische Veranstaltungen und Informationsangebote. Betroffen waren nicht nur politische Akteure, sondern auch ehrenamtliche Teams, Bürger\*innen sowie in zivilgesellschaftlichen Initiativen Engagierte, die sich öffentlich positioniert hatten. Diese Ereignisse haben das Sicherheitsgefühl vieler Menschen nachhaltig beeinträchtigt. Sie verstärken zudem den Eindruck, dass



rechtsextreme Gruppen durch Einschüchterungsversuche politischen Einfluss gewinnen wollen. Diese Entwicklung ist auch ein Ausdruck des gestiegenen Selbstbewusstseins von Rechtsextremen.

### **3. Ein neuer Trend: Immer jüngere Rechtsextreme**

#### **3.1 Radikalisierung im Jugendalter**

Ein zentrales Thema bei den Beratungsstellen in diesem Jahr war das gesunkene Alter von Menschen, die sich in rechtsextremen Strukturen bewegen oder entsprechende Inhalte verbreiten.

Die Beratungsstellen stellen fest:

- Immer mehr Fälle betreffen Jugendliche im Alter von 13 bis 17 Jahren.
- Online-Radikalisierung nimmt eine wichtige Rolle ein. Viele junge Menschen kommen über gaming-nahe Communities, Memekulturen oder Chatgruppen, aber auch auf Massenplattformen wie Instagram und insbesondere TikTok, in Kontakt mit rechtsextremen Inhalten.

Pädagogische Einrichtungen sehen sich damit konfrontiert, dass rechtsextreme Codes wie auch rassistische, antisemitische und queerfeindliche Sprache und Witze im Schulalltag angekommen sind. Die Existenz und hohe Attraktivität neuer, noch relativ unstrukturierter Neonazi-Gruppen – oft in Verbindung mit schon lange bestehenden Strukturen – ermöglicht Jugendlichen einen niedrigschwelligen Zugang zu rechtsextremen Gruppen und Betätigungsfeldern, der so ein Jahrzehnt lang in NRW nicht gegeben war.

#### **3.2 Pädagogische Systeme unter Druck**

Lehrkräfte und Sozialarbeiter\*innen melden häufiger Unsicherheiten und Überforderungsgefühle. Die Beratungsstellen unterstützen Schulen intensiv, doch auch hier zeigt sich: Der Bedarf steigt schneller, als die vorhandenen Kapazitäten mithalten können.

Die pädagogischen Herausforderungen sind komplex:

- Welche Präventionsmöglichkeiten gibt es und lassen sich an der Schule, im Jugendzentrum oder in der Wohngruppe umsetzen?
- Wie bindet man Eltern ein, die selbst rechtsextremen Positionen nahe stehen?
- Wie ist es möglich, Betroffene extrem rechter Anfeindungen im Kontext Schule zu unterstützen und zu stärken und gleichzeitig mit jenen Schüler\*innen pädagogisch zu arbeiten, die sich diskriminierend und ausgrenzend verhalten?
- Wie begegnet man digitalen Radikalisierungswegen, die außerhalb schulischer Kontrolle liegen?

### **4. Gestiegenes Selbstbewusstsein rechtsextremer Akteure**

#### **4.1 Öffentliche Selbstinszenierung**

Ein weiterer Befund der Beratungsstellen ist das gestiegene Selbstbewusstsein rechtsextremer Gruppen und Einzelpersonen. Sie treten sichtbarer auf, zeigen weniger Hemmung sich zu bekennen und nutzen sowohl analoge als auch digitale Räume offensiver für Propaganda und Mobilisierung.

In Gesprächen mit Beratungssuchenden taucht häufig der Eindruck auf, dass rechtsextreme Akteure „sich im Aufwind“ fühlen. Dieser Eindruck ist für Betroffene von großer Bedeutung, da er ihr Sicherheitsgefühl direkt beeinflusst.

#### **4.2 Folgen für Betroffene**

Für Menschen, die von rechten Bedrohungen und Angriffen betroffen sind – obdachlose, queere und rassistizierte Menschen, von Antisemitismus betroffene Personen, migrantische Familien, religiöse Minderheiten oder lokalpolitisch Engagierte – entsteht daraus ein ernstes Problem: Sie äußern vielfach die Befürchtung, dass Grenzüberschreitungen und enthemmte Gewalt künftig weiter zunehmen werden. Dieses Klima führt zu Rückzugstendenzen, zu Selbstzensur und zur Vermeidung öffentlicher Räume und politischer Beteiligung.

### **5. Die Situation der Beratungsstellen: Arbeitslast über dem Limit**

#### **5.1 Quantitative Belastung: Mehr Fälle als Kapazitäten**

Alle Beratungsstellen in NRW berichten 2025 im Vergleich zu den Vorjahren von gestiegenen Fallzahlen. Hinzu kommt, dass die Fälle häufig komplexer sind als in den Vorjahren – etwa, weil digitale Angriffe, juristische Fragen oder Sicherheitsvorkehrungen eine größere Rolle spielen und Beratungsnehmende öfter u.a. durch Mehrfachbelastungen einen deutlich höheren Leidensdruck verspüren.

Dadurch entstehen mittlerweile regelmäßig Wartezeiten für Beratungstermine, teilweise können Beratungsanfragen aufgrund von fehlenden Kapazitäten nicht bearbeitet werden. Diese Situation ist für Betroffene oftmals schwer auszuhalten. Bei anhaltenden Bedrohungslagen und nach gewalttätigen Angriffen kann das riskant sein: Jede Verzögerung kann zu einer Eskalation der Lage oder zum Rückzug der Beratungssuchenden führen. Dies gilt insbesondere auch für Situationen, in denen Angriffe unmittelbar befürchtet werden müssen, die Polizei aber nicht helfen kann, da noch keine strafbaren Handlungen geschehen sind.

#### **5.2 Qualitative Belastung: Emotional und organisatorisch fordernde Arbeit**

Neben der Anzahl der Fälle steigt der emotionale Druck. Mitarbeitende müssen Betroffene in hoch belasteten Situationen begleiten, kommunale Akteure beraten, Krisenintervention leisten. Seit Jahren sinkt die Kapazität Präventionsarbeit zu leisten. Daher kann zunehmend nur noch von Problem zu Problem gearbeitet werden. Es ist kaum mehr möglich perspektivisch mit dem Ziel tätig zu werden, bestimmten Herausforderungen bereits in ihrer Entstehungsphase zu begegnen. Diese Tendenz hat sich durch die Zunahme der Beratungsanfragen in den letzten Jahren noch verstärkt.

## 6. Warum NRW jetzt eine Stärkung der Beratungsstellen braucht

### 6.1 Keine vorsorgliche Maßnahme – sondern akute Notwendigkeit

Aus Sicht der Beratungsstellen ist die Stärkung keine Frage des „Aufstockens für spätere Zeiten“, sondern eine unmittelbare Voraussetzung, um handlungsfähig zu bleiben. Wenn Beratungssuchende zu lange warten müssen, verlieren sie Vertrauen, Schutz und Unterstützung. Dies gilt für Betroffene rechter Gewalt genauso wie für verunsicherte Initiativen oder kommunale Akteure. Für eine weitläufige Bewerbung der Beratungsangebote fehlen die personellen und finanziellen Kapazitäten. Menschen, die aufgrund der Herausforderungen, mit denen sie sich konfrontiert sehen, nicht in der Lage sind die Beratungsstellen selbst zu recherchieren, bleiben unversorgt. Es ist aus der Perspektive der Beratungsstellen offenkundig, dass im Land ein weitaus größerer Beratungsbedarf besteht.

### 6.2 Demokratieberatung ist Infrastrukturarbeit

Beratung im Kontext Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus hat sich in NRW zu einer unverzichtbaren Infrastruktur entwickelt – vergleichbar mit Jugendarbeit oder anderen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit. Angesichts der politischen und gesellschaftlichen Lage braucht diese Infrastruktur Stabilität, Verlässlichkeit und größere personelle Ressourcen.

Mehr Personal bedeutet:

- schnellere Reaktionszeiten,
- verbesserte Erreichbarkeit,
- Krisenintervention ohne Verzögerung,
- Unterstützung auch in ländlichen Regionen,
- stärkere Präsenz bei Wahlkampfeignissen oder kommunalen Konflikten,
- gezielte Arbeit mit pädagogischen Einrichtungen.

Kurz: Eine stabile Beratungslandschaft schützt Menschen, stärkt demokratische Kultur und entlastet diejenigen, die im Alltag Verantwortung tragen.

## 7. Ausblick: Was jetzt notwendig ist und in Zukunft immer dringender wird

Die Beratungsstellen gehen davon aus, dass sich die Trends des Jahres 2025 fortsetzen werden. Besonders wahrscheinlich sind:

- weitere Polarisierung im öffentlichen Diskurs,
- zunehmende digitale Radikalisierung,
- verstärkte Bedrohungen gegenüber politisch oder gesellschaftlich aktiven Menschen,
- steigender Bedarf an Beratung in Schulen und Jugendhilfe,
- Verschlechterung der subjektiven und objektiven Sicherheitslage von (potentiell) Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Um diesen Entwicklungen zu begegnen braucht es verlässliche Strukturen, frühzeitig verfügbare Unterstützung und qualifiziertes Personal. Die durch alle demokratischen Fraktionen des Landtags beschlossene Sicherung des Status Quo im Haushaltsplan 2026 und die Stärkung unserer Arbeit und weiterer Themenbereiche durch das Anfang November 2025 verabschiedete „Gesetz zur Stärkung der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen“ sowie die darin vorgesehene dauerhafte Förderung der Beratungsstrukturen sind ein wichtiges und starkes Signal an die Beratungslandschaft und die Zivilgesellschaft. Die Absicht der Landespolitik, professionelle Beratung gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit abzusichern, ist ausdrücklich zu begrüßen. Sie muss jedoch der Notwendigkeit Rechnung tragen, die Beratungsstrukturen personell und materiell so auskömmlich auszustatten, dass diese auf die kontinuierlich steigenden Bedarfe zeitnah und professionell reagieren können.

### Schlussbemerkung

Diese Bilanz ist kein Alarmismus, sondern eine fachliche Einschätzung aus der täglichen Beratungspraxis gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Anti-semitismus. 2025 war für die Beratungsstellen ein Jahr, in dem sich viele gesellschaftliche Konflikte zugespitzt haben. Die sichtbaren Folgen rechtsex-

tremer Aktivitäten, die Verunsicherung demokratischer Akteure und die zunehmende Belastung der Beratungsstellen zeigen deutlich: Eine stabile und ausreichend ausgestattete Beratungslandschaft ist ein zentraler Faktor für demokratische Resilienz in NRW. ◀



Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in NRW besteht aus der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, der zivilgesellschaftlichen Ausstiegs- und Distanzierungsberatungsstelle im Kontext Rechtsextremismus NinA NRW sowie den beiden Betroffenenberatungsstellen, Opferberatung Rheinland (OBR) und Betroffenenberatungsstelle BackUp.

## Mobile Beratungsstellen

Die Mobilen Beratungsteams in NRW kümmern sich um alle, die sich mit Rechtsextremismus oder Rassismus auseinandersetzen wollen oder müssen - sei es aufgrund konkreter Vorfälle oder um für den Umgang mit diesen Themen gut vorbereitet zu sein. Die Teams der Mobilen Beratung leisten Hilfe zur Selbsthilfe und vernetzen Engagierte vor Ort. Die Teams helfen dabei, extrem rechte Vorfälle einzuschätzen, Handlungsstrategien zu erarbeiten und Konzepte zu entwickeln. Dabei geht es oft auch um die Sensibilisierung hinsichtlich ausgrenzender Einstellungen - explizit auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft.

### Mobile Beratung gegen

#### Rechtsextremismus

##### im Regierungsbezirk Arnsberg

c/o Amt für Jugendarbeit  
der Ev. Kirche von Westfalen  
Iserlohner Str. 25  
58239 Schwerte  
Tel.: 0 23 04 - 7 55 41 41  
info@mbr-arnsberg.de  
www.mbr-arnsberg.de



### Mobile Beratung gegen Rechts extremismus

##### im Regierungsbezirk Detmold/OWL

c/o Arbeit und Leben im Kreis Herford  
DGB/VHS e.V.  
Kreishausstr. 6  
32051 Herford  
Tel: 0 52 21 - 1 74 57 25  
und 0 52 21 - 1 74 57 26  
info@mbr-owl.de  
www.mbr-owl.de



### Mobile Beratung gegen

#### Rechtsextremismus

##### im Regierungsbezirk Düsseldorf

c/o Wuppertaler Initiative für Demokratie  
und Toleranz e.V.  
Bendahler Str. 29  
42285 Wuppertal  
Tel.: 02 02 - 2 54 30 06  
info@mbr-duesseldorf.de  
www.mbr-duesseldorf.de



### Mobile Beratung gegen

#### Rechtsextremismus

##### im Regierungsbezirk Köln

im NS-Dokumentationszentrum der Stadt  
Köln  
Appellhofplatz 23-25  
50667 Köln  
Tel.: 02 21 - 22 12 71 62  
mbr@stadt-koeln.de  
www.mbr-koeln.de



### Mobile Beratung gegen

#### Rechtsextremismus

##### im Regierungsbezirk Münster

Dahlweg 112  
48153 Münster  
mobim@vse-nrw.de



## Ausstiegs- und Distanzierungsberatung

NinA NRW ist ansprechbar für Personen, die sich von extrem rechten Einstellungen und/oder organisierten Strukturen (z. B. Freundeskreise, Parteien, Chatgruppen) lösen wollen und für Personen, die in ihrem persönlichen oder beruflichen Umfeld in Beziehung zu extrem rechten Personen stehen. Das sozialpädagogische Unterstützungsangebot richtet sich an alle Alters- und Zielgruppen und wird nach den individuellen Bedarfen der Beratungnehmenden ausgerichtet. Ein Beratungsprozess kann hierbei auch unter Auflagen durch beispielsweise Gerichte oder Arbeitgebende initiiert werden.

### NinA NRW - Zivilgesellschaftliche Ausstiegs und Distanzierungsberatungsstelle im Kontext Rechtsextremismus

c/o RE/init e.V.  
Am Steintor 3  
45657 Recklinghausen  
Tel.: 0176 - 93 11 97 65  
(auch via Signal & SMS)  
nina.nrw@reinit.de  
www.nina-nrw.de



## Beratungsstellen für Betroffene

Die Betroffenenberatungsstellen in NRW bieten umfassende Unterstützung für Betroffene von rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer menschenfeindlich motivierter Gewalt sowie deren Angehörige und Zeug\*innen - von Hilfe bei der Antragsstellung für finanzielle Unterstützung bis zur Begleitung vor Gericht gibt es viele individuell abstimmbare Möglichkeiten. Die Beratung ist vertraulich, parteilich, auf Wunsch anonym, kann örtlich flexibel und bei Bedarf in Zusammenarbeit mit einer Sprachmittlung erfolgen. Das Angebot kann unabhängig von Behörden, Nationalität, Aufenthaltsstatus und ohne Voraussetzung der Stellung einer Strafanzeige in Anspruch genommen werden.

### Opferberatung Rheinland in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln

c/o IDA-NRW  
Volmerswerther Str. 20  
40221 Düsseldorf  
Tel: 02 11 - 1 57 60 52 66  
info@opferberatung-rheinland.de  
www.opferberatung-rheinland.de



### Betroffenenberatungsstelle BackUp in den Regierungsbezirken Detmold, Arnsberg und Münster

c/o BackUp-ComeBack e.V. -  
Couragiert Demokratie stärken!  
Stefanstr. 2  
44135 Dortmund  
Tel.: 0172 - 1 04 54 32  
contact@backup-nrw.org  
www.backup-nrw.org





# Brandanschlag Solingen 2024

## Zwischen Feuer und fehlender Aufklärung

Sabrina Hosono

Am 25. März 2024 wird in Solingen eine Familie Opfer eines Brandanschlags, bei dem vier Menschen ums Leben kommen und zahlreiche weitere verletzt werden. Polizei und Justiz erkennen das mögliche rassistische Tatmotiv nicht an, zahlreiche Beweismittel werden nicht ausgewertet, und potenzielle Zeug\*innen bleiben unbefragt. Für die Überlebenden entsteht dadurch ein zusätzliches Trauma: Der Angriff auf ihr Leben wird durch die strukturelle Ignoranz staatlicher Institutionen verstärkt.

### 25. März 2024

In den frühen Morgenstunden des 25. März 2024 verteilt Daniel S., ein 39-jähriger Deutscher, Brandsätze in einem Mehrfamilienhaus in der Grünewalder Straße in Solingen. Innerhalb weniger Minuten breitet sich das Feuer über das gesamte Treppenhaus aus. Im Haus leben fast ausschließlich Familien mit türkisch-bulgarischer Herkunft.

Fluchtwege sind blockiert, die Flammen greifen unaufhaltsam um sich. Die Familie K. springt aus einem Fenster, um sich zu retten, und erleidet schwere, bis heute anhaltende Verletzungen. Die Familie Z. im Dachgeschoss hat keine Chance: Kancho İsmail Z., Katya Kıymet Z., Galia Gizem Z. und Emily Elis Z. sterben an Rauchgasvergiftungen. Insgesamt werden 21 Menschen verletzt, viele lebensbedrohlich. Für die überlebenden Betroffenen sowie die Angehörigen der Verstorbenen ist die Tat ein Trauma, das nicht nur körperliche, sondern auch seelische Narben hinterlässt.

samt werden 21 Menschen verletzt, viele lebensbedrohlich. Für die überlebenden Betroffenen sowie die Angehörigen der Verstorbenen ist die Tat ein Trauma, das nicht nur körperliche, sondern auch seelische Narben hinterlässt.

### Versäumnisse von Polizei und Staatsanwaltschaft

Nur wenige Tage nach dem Anschlag organisiert die Community einen Trauermarsch. 800 Menschen tragen „Adalet“ - türkisch für „Gerechtigkeit“ - auf ihren Plakaten. Doch Polizei und Justiz tragen wenig dazu bei, diese Gerechtigkeit herzustellen. Obwohl früh Hinweise auf ein rassistisches Tatmotiv vorliegen - ein Tatzeuge berichtet von einem „Sieg Heil!“-Ruf des Täters -, werden diese Hinweise ignoriert. Die Ermittlungsbehörden erklären öffentlich, es gebe keine Anhaltspunkte für „Fremdenfeindlichkeit“. Ein erster Schlag für die Überlebenden: Ihr Schmerz wird nicht gesehen, ihre Wahrnehmung von Rassismus nicht anerkannt.

### Beweise bleiben unbeachtet

Bei der Hausdurchsuchung finden sich Waffen, Benzinkanister, rassistische Hetzgedichte, rechtsextreme Memes und NS-Devotionalien. Viele dieser Belege werden von Polizei und Staatsanwaltschaft nicht gewertet, da sie Menschen im Umfeld des

Täters, nicht aber ihm selber zugeordnet werden. Datenträger werden infolgedessen zunächst nicht ausgewertet, Zeug\*innen nicht befragt, frühere Brandstiftungen des Täters finden erst durch intensive Rechercheleistungen der Nebenklage Eingang in den Prozess. Fachwissen über Radikalisierungsprozesse oder Täterprofile, beispielsweise durch Sachverständige, wird nicht eingeholt. Selbst nach Interventionen von Nebenklage und dem Innenministerium erfolgt die Aufarbeitung nur schleppend. Erst im laufenden Prozess werden die bisherigen Defizite teilweise offengelegt.

Dieses Muster wiederholt sich: Vorfälle von rechter Gewalt werden nicht konsequent untersucht, interne Versäumnisse nicht aufgearbeitet, und die Betroffenen erleben eine erneute Entwertung ihres Leids. Für die Betroffenen entsteht der Eindruck: Der Staat sieht sie nicht, hört ihnen nicht zu und schützt sie nicht. Die strukturelle Ignoranz multipliziert das Trauma, weil die Betroffenen erfahren: Sie werden auch nach der Tat nicht ernst genommen.

### **Strukturelle Probleme**

Der Fall Solingen zeigt: Es geht nicht nur um individuelle Täter, sondern um strukturelle Defizite. Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz erkennen rassistische Motive zu oft nicht an, selbst wenn sie offensichtlich sind. Ein „rechtsfreier Raum“ für Täter entsteht, weil institutionelle Sensibilität und unabhängige Kontrollen fehlen. Für die Überlebenden bedeutet dies: Ein Stück

Vertrauen in den Staat geht verloren. Die politische Dimension ist unübersehbar. Ein Anschlag auf migrantische Familien wird entkoppelt vom gesellschaftlichen Kontext. Die öffentliche Wahrnehmung reduziert die Tat zu einem „tragischen Einzelfall“. So wird nicht nur die Tat selbst, sondern auch die kontinuierliche Gefahr rechter Gewalt verharmlost.

### **Folgen für Betroffene**

Die Auswirkungen des Brandanschlags auf die Überlebenden und Angehörigen sind tiefgreifend und vielschichtig. Die Nicht-Anerkennung des rassistischen Hintergrunds verstärkt die Traumatisierung: Aus einem gezielten, menschenfeindlichen Angriff wird ein „zufälliges Verbrechen“, die Erfahrungen der Betroffenen werden entwertet. Monate des Zeugnisabgebens, Hoffens auf Gerechtigkeit und Beteiligung am Prozess erscheinen wertlos, das Schweigen über die Motivlage verschärft das Trauma.

#### Physische Folgen:

Viele Überlebende tragen bis heute schwerwiegende körperliche Verletzungen. Nihat K. und Ayşe K. erlitten bei ihrem Sprung aus dem Fenster schwere Knochenbrüche, Verbrennungen und dauerhafte Beeinträchtigungen. Nihat K. kann seinen früheren Beruf nicht mehr ausüben; Ayşe K. ist in ihrer Mobilität eingeschränkt. Chronische Schmerzen und Folgeerkrankungen begleiten die Betroffenen tagtäglich.

Psychische Folgen:

Die psychische Belastungen durch rechte Gewaltakte sind enorm. Viele Überlebende entwickeln post-traumatische Belastungsstörungen (PTBS), Ängste, Schlafstörungen und depressive Verstimmungen.

Besonders eindrücklich zeigt sich dies bei Kindern: Der Sohn der Familie K., nur sieben Monate alt beim Anschlag, entwickelte in den ersten Monaten nach der Tat Angst vor seinem Vater, der ihn beim Sprung aus dem Fenster retten wollte. Solche traumatischen Reaktionen sind typische, aber tiefgreifende Folgen für Kinder, die extreme Gefahr und Todesangst erlebt haben. Auch Erwachsene berichten von anhaltender Angst, Panikattacken, Flashbacks und einer dauerhaft erhöhten Anspannung.

Psychosoziale Folgen:

Das Trauma wirkt sich auch auf die sozialen Beziehungen aus. Überlebende ziehen sich teilweise zurück, Vertrauen in andere Menschen und Institutionen wird erschüttert. Viele berichten von Gefühlen der Isolation, Scham und Schuld – auch weil sie sich unverstanden fühlen und staatliche Institutionen ihr Leid nicht anerkennen. Gleichzeitig zeigt sich, wie wichtig verlässliche und gelebte Solidarität ist: Unterstützung aus der Nachbarschaft, von Freund\*innen, zivilgesellschaftlichen Gruppen und aus der Community – auch aus Bulgarien – wirkt stabilisierend und entlastend. Solidarische Menschen wie die Initiative Adalet Solingen geben den Überlebenden das Gefühl, ernst genom-

men zu werden und nicht allein zu sein.

Finanzielle Folgen:

Die Betroffenen sind zusätzlich erheblichen finanziellen Belastungen ausgesetzt. Durch den Prozess entstehen Kosten für Anwält\*innen, Gutachter\*innen und psychologische Begleitung, die nicht immer vollständig erstattet werden. Gleichzeitig behindert die körperliche Einschränkung die Erwerbstätigkeit, was zu Einkommensverlusten führt. Entschädigungsanträge sind oft kompliziert, langwierig oder werden aufgrund der fehlenden Anerkennung des rassistischen Hintergrunds erschwert oder abgelehnt. Die finanziellen Belastungen verschärfen die psychische und physische Belastung und verlängern die Phase der Unsicherheit und Abhängigkeit von Unterstützung.

Langfristige Folgen:

Viele berichten, dass sie sich in ihrem eigenen Umfeld nicht mehr sicher fühlen und dass die erlebte Gewalt ihre Perspektive auf die Gesellschaft dauerhaft verändert hat. Die mangelnde Anerkennung des politischen Kontextes verstärkt diese Belastung: Der Anschlag wird isoliert betrachtet, strukturelle Ursachen von rassistischer Gewalt werden nicht benannt. Dadurch entsteht ein Gefühl der Ohnmacht und Resignation gegenüber staatlichen Institutionen, das langfristig das Vertrauen in den Schutz durch Polizei, Justiz und Gesellschaft untergräbt.

## Reformbedarf

Die dramatischen physischen, psychischen, psychosozialen und finanziellen Folgen für die Überlebenden zeigen eindrücklich, dass die Verantwortung staatlicher Institutionen über das Strafmaß hinausgeht. Solange ein mangelndes institutionelles Erkennen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt bestehen bleibt, werden Menschenleben gefährdet, und Traumata werden verstärkt. Der Fall Solingen 2024 offenbart daher dringenden politischen und rechtlichen Reformbedarf.

## Unsere Forderungen

An der Seite der Betroffenen fordern wir, gemeinsam mit bereits über 12.000 Menschen in unserer Petition auf WeAct:

- Eine unabhängige Untersuchungskommission zur Aufarbeitung der Ermittlungsarbeit im Fall Solingen 2024.
- Verpflichtende Schulungen für Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz zu rassismuskritischer Ermittlungsführung.

- Transparente Konsequenzen, wenn Hinweise auf politisch motivierte Gewalt ignoriert oder bagatellisiert werden.
- Eine unabhängige Kontroll- und Beschwerdestelle bei rassismusbezogenem Fehlverhalten von Ermittlungsbehörden in NRW.
- Eine verbindliche Beteiligung von Betroffenen und Fachstellen bei der Weiterentwicklung von Leitlinien und Standards zum Umgang mit rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Aufklärung, Anerkennung, Konsequenzen - kein Schlussstrich im Fall Solinger Brandanschlag 2024. Jede Unterschrift stärkt die Stimme der Überlebenden, fordert politische Verantwortung und macht sichtbar, dass rechte Gewalt keine Einzelfälle sind. ◀

## Jetzt Petition unterzeichnen!

[weact.campact.de/petitions/aufklarung-erkennung-konsequenzen-kein-schlussstrich-im-fall-solinger-brandanschlag-2024](https://weact.campact.de/petitions/aufklarung-erkennung-konsequenzen-kein-schlussstrich-im-fall-solinger-brandanschlag-2024)



# Vorstellung der neuen Meldestellen von Diskriminierungen in NRW

Verbund der Meldestellen NRW

Der Meldestellen-Verbund in Nordrhein-Westfalen besteht aus den vier Meldestellen, die Diskriminierung aus einer intersektionalen Perspektive dokumentieren und analysieren (DINA, MEDAR, MIQ und MIRa). Wir arbeiten eng zusammen und haben unter anderem gemeinsame Auswertungstandards und Leitlinien für eine intersektionale Praxis festgelegt. Bei uns gemeldete Fälle von mehrdimensionaler Diskriminierung werten wir statistisch und anonym aus. Wir machen Rassismus und Queerfeindlichkeit sichtbar, informieren und schaffen eine Grundlage für eine bessere Unterstützung von Betroffenen. Weitere Informationen sowie die Meldeoptionen sind auf den Websites der einzelnen Meldestellen zu finden.



## Meldestelle DINA

Die Dokumentations- und Informationsstelle für Antiziganismus/Antiromaismus dokumentiert und analysiert antiziganistische/antiromaistische Vorfälle in NRW. Darüber hinaus informiert und zeigt DINA NRW Betroffenen, wo sie Unterstützung finden können.

Hast du Antiziganismus/Antiromaismus erlebt oder beobachtet? Melde den Vorfall einfach und anonym auf [www.dina.nrw](http://www.dina.nrw).

Du hilfst dabei, Antiziganismus/Antiromaismus sichtbar zu machen!

Deine Stimme zählt!

Träger von DINA NRW ist PLANB gGmbH.



## Meldestelle MEDAR

Die Melde- und Dokumentationsstelle für antimuslimischen Rassismus dokumentiert und analysiert antimuslimische Vorfälle in NRW. Darüber hinaus informiert und zeigt MEDAR NRW Betroffenen, wo sie Unterstützung finden können.

Hast du antimuslimischen Rassismus erlebt oder beobachtet? Melde den Vorfall einfach und anonym auf [www.medar.nrw](http://www.medar.nrw).

Du hilfst dabei, antimuslimischen Rassismus sichtbar zu machen!

Deine Stimme zählt!

Träger von MEDAR NRW ist interKultur e.V.



Melde- und Informationsstelle  
Queerfeindlichkeit NRW

### Meldestelle MIQ

Die Melde- und Informationsstelle für Queerfeindlichkeit dokumentiert und analysiert queerfeindliche Vorfälle in NRW, informiert über Queerfeindlichkeit und zeigt Betroffenen, wo sie Unterstützung finden können.

Hast du Queerfeindlichkeit erlebt oder beobachtet? Melde den Vorfall einfach und anonym auf [www.miq.nrw](http://www.miq.nrw).

Du hilfst dabei, Queerfeindlichkeit sichtbar zu machen!

Deine Stimme zählt!

Träger von MIQ NRW ist das Queere Netzwerk NRW. Allianzpartner\*innen sind außerdem rubicon e.V., der LSVD NRW sowie der NGVT NRW.



### Meldestelle MIRa

Die Melde- und Informationsstelle für anti-Schwarzen, antiasiatischen und weitere Formen von Rassismus dokumentiert und analysiert rassistische Vorfälle in NRW und informiert über Rassismus. Darüber hinaus informiert und zeigt MIRa NRW Betroffenen, wo sie Unterstützung finden können.

Hast du Rassismus erlebt oder beobachtet? Melde den Vorfall einfach und anonym auf [www.mira.nrw](http://www.mira.nrw).

Du hilfst dabei, Rassismus sichtbar zu machen!

Deine Stimme zählt!

Träger von MIRa NRW sind VMDO e.V., der LV NEMO e.V. und ARIC-NRW e.V. ◀



# So wirkt die OBR in Politik & Gesetzgebung

Beitrag der Opferberatung Rheinland (OBR)



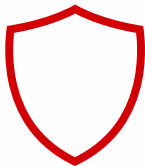
## Betroffenenperspektiven in politische Prozesse einbringen

Die Erfahrungen von Betroffenen zeigen sehr genau, wo Schutzlücken bestehen und welche politischen Entscheidungen reale Folgen haben. Wir sammeln diese Perspektiven systematisch und bringen sie in Gespräche mit Politik, Verwaltung und Fachgremien ein. So wird sichtbar, was sonst unsichtbar bleibt: wie sich Gewalt, Rassismus und staatliche Versäumnisse im Alltag der Menschen niederschlagen.



## Daten & Analysen bereitstellen

Mit unserem jährlichen Monitoring rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt schaffen wir eine belastbare Grundlage für politische Entscheidungen. Unsere Zahlen zeigen Entwicklungen auf, machen Handlungsbedarfe sichtbar und helfen, Diskussionen über Sicherheit, Prävention und Opferschutz faktenbasiert zu führen.



## Stärkung des Opferschutzes

Viele Betroffene stoßen in Ermittlungen, bei Behörden oder im Entschädigungssystem auf strukturelle Hürden. Wir setzen uns deshalb für klare gesetzliche Verbesserungen ein: stärkere Rechte im Strafverfahren, niedrigschwellige Entschädigungswege, ein Zeugnisverweigerungsrecht für Berater\*innen und langfristige Absicherung von Unterstützungsangeboten. Politische Rahmenbedingungen sind entscheidend, damit Betroffene tatsächlich zu ihrem Recht kommen.



## Lobbyarbeit & politische Kommunikation

Ob Fachanhörungen, Stellungnahmen, Hintergrundgespräche mit Abgeordneten oder Öffentlichkeitsarbeit: Wir machen deutlich, wo politische Verantwortung liegt. Unsere Aufgabe ist es, strukturelle Probleme sichtbar zu machen - und gleichzeitig konkrete Lösungen zu benennen, die Betroffene nachhaltig stärken. Lobbyarbeit bedeutet für uns, politische Handlungsspielräume zugunsten der Betroffenen zu erweitern.



### Kooperationen & Bündnisarbeit stärken

Gesellschaftlicher Schutz vor rechter und rassistischer Gewalt entsteht im Zusammenspiel vieler Akteur\*innen. Daher arbeiten wir eng mit anderen Beratungsstellen, migrantischen Selbstorganisationen, Gewerkschaften, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Netzwerken zusammen. Gemeinsam entwickeln wir Forderungen, teilen Wissen und erhöhen den politischen Druck, strukturelle Probleme anzugehen.



### Politische Bildung & Sensibilisierung ermöglichen

Mit Workshops, Fachvorträgen und Materialien vermitteln wir, wie eng Gewalt, politische Entscheidungen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen miteinander verbunden sind. Wir stärken Fachkräfte, Multiplikator\*innen und Interessierte darin, menschenfeindliche Gewalt einzuordnen, Betroffene solidarisch zu unterstützen und politisch Position zu beziehen.



### Gesetzgebung kritisch begleiten

Neue Gesetze und Reformen - etwa zum Demokratiefördergesetz oder im Bereich digitaler Gewalt - haben direkte Auswirkungen auf Betroffene. Gemeinsam mit unserem Dachverband, dem VBRG e.V. (Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt), prüfen wir sie aus betroffenenorientierter und rassismuskritischer Perspektive, entwickeln Änderungsvorschläge und machen auf unbeabsichtigte Risiken aufmerksam.

Der VBRG e.V. ist der Zusammenschluss von Fachberatungsstellen in ganz Deutschland, der politische Interessen bündelt, politische Prozesse begleitet und strukturelle Rahmenbedingungen für den Schutz von Betroffenen stärkt. So stellen wir gemeinsam sicher, dass Gesetzgebung nicht nur gut gemeint ist, sondern in der Praxis wirklich wirksam wird und den Schutz von Betroffenen stärkt.

#### So erreichen Sie uns:

Beratungshotline: 0178 / 8 11 39 00

E-Mail: [beratung@opferberatung-rheinland.de](mailto:beratung@opferberatung-rheinland.de)

Onlineberatung: [www.opferberatung-rheinland.de](http://www.opferberatung-rheinland.de)





**Weihnachten 2025.**

**Gemeinsam gegen  
Rassismus, Antisemitismus  
und rechte Gewalt  
im Rheinland.**

Beitrag der Opferberatung Rheinland

### **Gemeinsam für Betroffene und gegen Rechts im Rheinland**

Nach rassistischen, antisemitischen oder anderen rechten, menschenfeindlichen Angriffen sind Betroffene und Angehörig neben den physischen Folgen häufig auch durch emotionale, psychische und finanzielle Folgen stark belastet. Überlebende und Angehörige sind meist traumatisiert, werden in Folge der Tat teils arbeitsunfähig und verlieren ihre gesamte Lebensgrundlage. Als Beratungsstelle stehen wir Betroffenen nach rassistischen, antisemitischen und anderen rechten, menschenfeindlichen Gewalttaten zur Seite.

**Mit deiner Spende an den OBR-Opferhilfefonds kannst du Betroffene im Rheinland direkt, schnell und unbürokratisch unterstützen!**

**Material zum Weiterverbreiten und weitere Infos zum Opferhilfefonds der OBR finden Sie auf unserer Website:**

**OBR-Opferhilfefonds**

### **Solidarität im Rheinland - Ein Fonds für Notlagen**

Wir haben in unserer Beratung immer wieder Menschen, die aufgrund der Angriffe in besondere Notlagen kommen und eine sofortige und unbürokratische finanzielle Hilfe benötigen. Mit dem Opferhilfefonds fangen wir die materiellen Folgen eines Angriffes auf, wenn keine andere finanzielle Unterstützung möglich ist. Dafür brauchen wir Geld - denn rechte Gewalt nimmt auch im Rheinland stetig zu. Der Opferhilfefonds hilft konkret und lokal, schnell und unbürokratisch, wo Hilfe notwendig ist!

**Jetzt spenden,  
den Fonds füllen  
und solidarisch handeln.**



**IDA e.V.**

**Stadtsparkasse Düsseldorf**

**Spendenkonto: DE44 3005 01 10 0047 0223 06**

**Spendenstichwort: Opferhilfefonds OBR**

# OPFERHILFEFONDS

**für Betroffene rechter, rassistischer  
und antisemitischer Gewalt**

Beitrag des Bundesverbands VBRG e.V.

## **Solidarität hilft konkret!**

Viele Betroffene leiden oft noch lange an den physischen, psychischen, materiellen und sozialen Folgen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten. Um ein deutliches Zeichen der Solidarität zu setzen, bietet unser Opferhilfefonds schnelle unbürokratische finanzielle Unterstützung.

## **Wie hilft der VBRG-Opferhilfefonds?**

Von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt Betroffene, deren Angehörige und andere Personen ihres Vertrauens können sich an den VBRG oder eine Opferberatungsstelle wenden, die Mitglied im VBRG ist. Dort erhalten sie eine Beratung und Unterstützung zur Antragstellung.

**Mit dem Opferhilfefonds unterstützen wir Menschen dabei, die Folgen eines rechten Angriffes zu bewältigen. Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende und senden sie ein wichtiges Zeichen der Solidarität.**

Weitere Infos zum Opferhilfefonds des VBRG finden Sie auf folgender Website:

**VBRG-Opferhilfefonds**

## **Wobei hilft der VBRG-Opferhilfefonds?**

Für die Betroffenen sind die Folgen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten meist sehr weitreichend. Häufig gehen mit den Angriffen schwerwiegende physische und psychische Verletzungen einher. Viele Betroffene geraten dadurch auch in finanzielle Schwierigkeiten. In dieser Situation kann der Opferfonds im Rahmen einer Einzelfallhilfe finanziell unterstützen: z.B. durch die Finanzierung einer anwaltlichen Vertretung, durch den Ausgleich von entstandenen Sachschäden, durch die Übernahme von Fahrtkosten zu Therapeut\*innen oder Anwalt\*innen oder um einen notwendigen Umzug zu ermöglichen. Die Notwendigkeiten für materielle Unterstützung sind vielfältig und von der jeweiligen individuellen Situation der Betroffenen abhängig.





Beitrag des Bundesverbands VBRG e.V.

### Deine Finanzen gegen Faschisten!

Rechte Gewalt verletzt - **12 Menschen täglich!** Seit Jahren steigt die Zahl der Angriffe. Umso wichtiger ist, dass Betroffene von unabhängigen, professionellen und solidarischen Beratungsstellen begleitet und unterstützt werden.

**DOCH diese wichtige Arbeit ist aktuell so gefährdet wie nie.**

Durch die Haushaltslage und offene Drohungen rechtsextremer Parteien steht die Weiterfinanzierung für das Jahr 2026 vielerorts auf dem Spiel. Was in dieser gefährlichen Lage hilft?

**Finanzielle Unabhängigkeit.** Und dafür brauchen wir dich, denn...

**Rechte hassen diesen Trick: Jetzt spenden & sharen!**

**Mach mit, teile den Spendenlink:**  
[verband-brg.de/spende](https://verband-brg.de/spende)



### Das passiert mit deiner Spende - drei Beispiele:

1. Mit deiner Spende sorgst du dafür, dass Betroffene weiterhin zu Zeugenvernehmungen, Gerichtsterminen oder Behörden **durch erfahrene Berater\*innen begleitet** werden. So stellst du sicher, dass Betroffene nach einer rechten, rassistischen oder antisemitischen Gewalttat **nicht allein gelassen werden und ohne Unterstützung dastehen.**
2. Deine Spende hilft uns auch dabei, Druck auf politisch Verantwortliche auszuüben, um **für besseren Schutz der Betroffenen zu kämpfen.**
3. Es braucht unabhängige Informationen und Analysen: Deine Spende hilft dabei, dass wir weiterhin die Öffentlichkeit informieren können. Damit alle sehen, wie groß die Bedrohung von Rechts, durch Rassismus und Antisemitismus ist.



VERBAND DER BERATUNGSSTELLEN FÜR  
BETROFFENE RECHTER, RASSISTISCHER  
UND ANTISEMITISCHER GEWALT E.V.

VBRG e.V.

GLS Bank

Spendenkonto: DE38 4306 0967 1177 901301

Verwendung: Spende

# Vor Ort – gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt

Die Podcastserie von NSU Watch und VBRG e.V.

VBRG und NSU-Watch



## Folge #57

### Die Podcastserie:

**Vor Ort – gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt**

In der Podcastserie „Vor Ort“ sprechen die unabhängigen Opferberatungsstellen, Betroffene und andere Expert\*innen darüber, wie Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt den Alltag vieler Menschen beeinträchtigen und beeinflussen. Denn inmitten der Polykrisen wird deutlicher denn je: die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt entscheidet zentral darüber, ob Marginalisierte noch mehr belastet, angegriffen und schutzloser werden. Oder ob Solidarität tatsächlich unteilbar ist.

**Alle Folgen des Podcast „Vor Ort“ findet ihr unter folgendem Link, bei Spotify und im Podcatcher euer Wahl:**

**„Vor Ort - gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt“ vom VBRG und NSU-Watch**  
&  
**Postcastserie auf Spotify.**

### Podcastfolge #57

**Nach dem Urteil im Prozess zum Brandanschlag in Solingen 2024**

Vier Menschen starben am 25. März 2024 bei einem rassistischen Brandanschlag in Solingen: Kancho Emilov Zhilov (30), Katya Todorova Zhilova (29), Galia Kancheva Zhilova (2) und Emily Kancheva Zhilova (4 Monate). Nur durch den Sprung aus dem Fenster des dritten Stocks konnten Nihat und Ayshe K. mit ihrem kleinen Sohn den Flammen entkommen.

Über die skandalösen Ermittlungen und die Folgen für die Betroffenen sprechen Seda Başay-Yıldız, Rechtsanwältin und Nebenklagevertreterin von Nihat und Ayshe K. und ihrem kleinen Sohn, Birgül Demirtaş, Sozial- und Kulturwissenschaftlerin und aktiv in der Initiative Brandanschlag 1993 und Jan Hildebrandt, Traumafachberater und Berater bei der Opferberatung Rheinland.



# Impressum

**Online-Magazin „hinsehen“ der OBR**  
**Magazin Nr. 8**  
**Ausgabe 2025**

Copyright © 2025  
 Redaktionsschluss: 01.12.2025  
 Düsseldorf, Dezember 2025

ISSN 2749-4748

**Herausgeber:**

Opferberatung Rheinland (OBR) – Beratung und Unterstützung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt  
 c/o IDA e.V.  
 Volmerswerther Straße 20 | 40221 Düsseldorf  
[info\[at\]opferberatung-rheinland.de](mailto:info[at]opferberatung-rheinland.de)  
[www.opferberatung-rheinland.de](http://www.opferberatung-rheinland.de)  
 Tel: 01 78 / 8 11 39 00  
 Fax: 02 11 / 15 92 55-69

**Redaktion: Regina Gahbler, Sabrina Hosono**

**Korrektorat: Fabian Reeker**

**V.i.S. d.P. : Ansgar Drücker (Geschäftsführer IDA e. V.)**

**Gestaltung und Layout: Sabrina Hosono**

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen.

**Anmerkung der Redaktion:**

Die Artikel enthalten Perspektiven, Meinungen und Positionen der jeweiligen Autor:innen, diese können von der Position der Opferberatung Rheinland (OBR) abweichen.

**Datenschutz**

Wir haben zum Versenden des Online-Magazins Ihre E-Mail-Adresse (und ggf. weitere personenbezogene Daten) gespeichert. Wir nutzen die gespeicherten Kontaktdaten nur, um Ihnen das Online-Magazin zukommen zu lassen.

Wenn Sie das Online-Magazin nicht mehr von uns erhalten möchten, können Sie dieses jederzeit abbestellen, indem Sie uns eine formlose E-Mail an [info\[at\]opferberatung-rheinland.de](mailto:info[at]opferberatung-rheinland.de) senden. Wir werden die Adresse dann aus dem Verteiler entfernen.

Gefördert von



Ministerium für  
Kultur und Wissenschaft  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Gefördert vom



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**